

Antifox

Antifaschistische Zeitung

HEFT 21 1990 5. JAHRGANG DM 2

KEIN NEUES GROSS-DEUTSCHLAND



NEUES AUSLÄNDERGESETZ

Am 13. Dezember 1989 hat das Bundeskabinett den reaktionären Entwurf eines neuen Ausländergesetzes verabschiedet. Nachdem in interfraktionellen Gesprächen zwischen CDU und CSU und FDP eine parlamentarische Mehrheit sicher zu sein scheint, soll der Gesetzesentwurf jetzt im Eilverfahren durch das Parlament geschleust werden.

Einige Punkte aus dem lange Gesetzespapier sollen klar machen, was die Bundesregierung anstrebt.

So ist festgeschrieben, daß, anders als bisher, jeder Ausländer (Ausländerinnen kennt der Entwurf nicht) für "Einreise und Aufenthalt ins Bundesgebiet" eine Aufenthaltsgenehmigung braucht. Das gilt, ebenfalls eine neue Regelung, jetzt sogar für Jugendliche unter 16 Jahren, die bislang von der Aufenthaltsgenehmigungspflicht befreit waren.

Weiter wird der Anwerbestopp gesetzlich geregelt. Das Bundesinnenministerium erhält natürlich das Recht, Ausnahmen zu gestatten. Ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter (es geht hier ausnahmslos um Menschen aus Nicht-EG-Staaten) können so für bestimmte Branchen und Wirtschaftszweige zeitlich begrenzt zugelassen werden. Praktiziert wird so etwas heute schon vor allem in Baden-Würt-

temberg, wo in Absprache mit den Bauernverbänden vor allem Menschen aus Polen, Ungarn und Jugoslawien Saisonarbeiten bei der Obst-, Wein- und Hopfenenernte leisten für Stundenlöhne zwischen 7 und 10 DM die Stunde! Verschärft werden im neuen Ausländergesetz vor allem die Voraussetzungen zum Erwerb einer Aufenthaltsgenehmigung. So ist unter anderen als eine Bedingung vorgesehen, daß 60 Monate Beitragszahlung in die gesetzliche Rentenversicherung nachgewiesen werden muß. So ist die Chance für Arbeitslose relativ schlecht, bzw. der Druck, jede Arbeit egal unter welchen Umständen anzunehmen, für AusländerInnen sehr stark.

Abhängigkeitsverhältnisse werden produziert, wenn Leuten, denen aus "humanitären Gründen" ein Aufenthalt nicht verwehrt werden kann, folgende Bedingung für eine Aufenthaltsgenehmigung gestellt wird: "...wenn ein Dritter sich unter Leistung ausreichender Sicherheit für längstens acht Jahre verpflichtet, die Kosten für den Lebensunterhalt des Ausländers und seiner Familienangehörigen während des Aufenthalts im Bundesgebiet zu tragen, ohne öffentliche Mittel oder ganz oder teilweise unentgeltlich öffentliche Einrichtungen in Anspruch zu nehmen..." Dieser Punkt bietet vielleicht die Möglichkeit, daß Kirchen z.B. Asylbewerber aufnehmen.

Neben den genannten Punkten ist die politische Entrechtung von Menschen aus dem Ausland in der BRD ein weiteres Merkmal des Gesetzesentwurfs. So war im alten Ausländergesetz festgeschrieben, daß Ausländer alle Grundrechte genießen, soweit sie nicht ausschließlich Deutschen vorbehalten sind. Jetzt gibt es diesen Passus nicht mehr, angesprochen werden nur noch spezielle Sachbereiche wie das Sozial-, Arbeitserlaubnis- oder Hochschulzugangsrecht. Der politischen Verfolgung von AusländerInnen wird Tür und Tor geöffnet. Ein Beispiel: Früher war Menschen aus dem Ausland politische Betätigung untersagt, "die mit den Verfassungsgrundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind". Jetzt heißt es: Verboten ist politische Betätigung, die "mit den Grundwerten einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung unvereinbar sind." Der Unterschied, verklausuliert und nicht auf der Hand liegend, wiegt schwer: Nicht einmal mehr die eigenen Verfassungsgrundsätze müssen herangezogen werden, um die politische Betätigung von AusländerInnen zu verbieten.

Widerstand ist angesagt. Im Frühjahr sind die großen Anhörungen im Bundestag. Dazu müssen konkrete Aktionen organisiert werden.

EINLEITUNG

Nie wieder "Wieder..." sagte Wolf Biermann am 1.12.1989 in Leipzig bei seinem ersten Auftritt in der DDR nach 25 Jahren.

Ja: "Nie wieder Gross-Deutschland", das könnte für die AntifaschistInnen in der BRD und der DDR vielleicht die zentrale Parole für die 90er Jahre werden.

Wer die Bilder "deutsch-deutscher Besoffenheit" der Silvesternacht vor Augen hat, wird zugeben, daß einem vor dem neuen deutschen Nationalismus schon bange werden kann.

Winfried Wolf von der "Sozialistischen Zeitung" war fünf Tage "drüben" und schreibt über seine Eindrücke unter dem Stichwort: "Unter Geiern".

Doch neben diesen Ängsten gibt es auch das Gefühl, historische Augenblicke zu erleben, wesentliche Veränderungen **im Weltmaßstab**, deren Bedeutung vielleicht noch niemand wirklich klar einschätzen kann.

Auch ein Wechselbad der Gefühle: Bei aller Erleichterung über die Tatsache, daß auch in Rumänien das Volk auf die Straßen gegangen ist und um seine Freiheit kämpft- trotzdem bleibt ein scheußliches Gefühl angesichts der beiden Ceaucescus, wie sie aneinander gelehnt den Tod vor Augen haben- Mitleid ?

Unsere Wünsche für das Jahr 1990:

Möge es weiter vorangehen mit der Verbreitung der ANTIFAZ.

Sicher, wir erhalten eine Menge Zuspruch, aber die Schwierigkeiten sind nicht kleiner geworden. Insbesondere mit der Finanzierung sieht es nicht gerade rosig aus: Weil wir bisher bei allen Ausgaben im vergangenen Jahr kräftig zuschustern mußten, haben wir uns schweren Herzens entschlossen, den Preis der Zeitschrift auf 2,- DM zu erhöhen- es ging wirklich nicht anders.

Auch bei den Anzeigenpreisen müssen wir neu überlegen - sie liegen sowieso unter dem üblichen Niveau.

Was die inhaltliche Gestaltung unserer Zeitschrift betrifft, wollen wir das Konzept im großen und ganzen beibehalten: also nach wie vor demokratisches Forum für alle unterschiedlichen Positionen der antifaschistischen Bewegung.

Wie schon in der Dezember-Ausgabe angeklungen, wollen wir allerdings in Zukunft ein wenig mehr Gewicht auf kulturelle Themen legen. Ausdruck davon in dieser Ausgabe eine Vorstellung einiger Gedichte des türkischen Autors **Bahattin Gemi-ci**. Auch die Berichterstattung über das Essener "**Cafe Kuba**" liegt ein wenig auf dieser Linie.

Ansonsten für 1990 noch ein dringender Wunsch: Schreibt uns, was in Euren Städten an Wichtigem passiert ist- wir drucken es ab !

Fürs erste: Allen AntifaschistInnen und LeserInnen der ANTIFAZ ein gutes 1990.

Mit herzlichen Grüßen

Eure
ANTIFAZ-Redaktion

KEIN NEUES GROSS-DEUTSCHLAND !



Berlin im Dritten Reich

"So wenig der Reiseverkehr zwischen der Republik Österreich und der BRD bewirkt, daß die Österreicher ihre allmählich gewonnene nationale Identität wieder aufgeben, so wenig ist ein derartiger Effekt bei den Bürgern der DDR zu erwarten."

(aus: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR, einen Monat vor der Öffnung der Mauer)

Diese Einschätzung über die Bürger der DDR muß man inzwischen mit einiger Skepsis betrachten. Angesichts der deutsch-deutschen "Besoffenheit", angesichts der faschistischen Aktionen in der BRD **und** in der DDR kann einem, ehrlich gesagt, langsam angst und bange werden.

Es ist an der Zeit, der nationalistischen Welle seitens der AntifaschistInnen und Demokraten in der BRD vielfältigen Widerstand entgegenzusetzen. Doch entscheidend für die Lösung der "deutschen Frage" wird die Entwicklung in der DDR sein, Wird die "freie" Marktwirtschaft zur einzigen Alternative für das abgewirtschaftete System des "real" existierenden Sozialismus oder gibt es noch "Rettung" vor einer "großdeutschen" Zukunft ? Der folgende Artikel wurde uns von Winfried Wolf zur Verfügung gestellt, der sich bei einem fünftägigen Besuch in der DDR versuchte, eine Meinung über diese Frage zu bilden.

UNTER GEIERN

Beschleunigte Aufkaufpolitik

gegenüber der DDR

"Die BRD hat uns in der Hand. Aber sie hat uns auch am Hals." Mit dieser Formel versuchte Manfred Strauch, ein Leipziger Teilnehmer an der Veranstaltung in Dresden, auf der ich auf Einladung der Hochschule für den Verkehr referierte, die Situation in der DDR auf den Punkt zu bringen. Das könnte sich als zutreffend erweisen. Die Bilder, die ich durch einen fünftägigen Aufenthalt in der DDR gewann, vereinen extreme Widersprüche: aufkommender sympathischer Stolz auf "unser Land", auf die Ressourcen, die in dieser Gesellschaft stecken, die jedoch durch vier Jahrzehnte Unterdrückung, geplantes Chaos, durch Zynismus und Nihilismus der Oberen-die sich auf die Unteren fortpflanzten- verschüttet wurden. Millionenfacher aufrechter Gang also, auch: Gang durch Stasi-Gebäude, die in Volkes Hand überführt wurden.

Aber auch: Die Bereitschaft zur millionenfachen Arschkriecherei-in den breiten Arsch des Großen Kapitals. Begrüßungsgeld am Eingang, am Ende winkt ein Golf GTI. Dabei haben wir, bei Karl & Rosa, keinerlei Recht, uns in unserer Gesellschaft der Buckelnden über diejenigen zu mokieren, die nun "auch mal" den materiellen Segen des Buckelns empfangen, oder auch nur : in Augenschein nehmen wollen. Wir- und ich meine durchaus "die Linke"-, die wir uns-bei allem Engagement- doch derzeit recht frei bewegen und in relativem Wohlstand befinden, deren parlamentarische links-grüne VertreterInnen-so sie denn von uns gewählt wurden- die Fahrbereitschaft des Bonner Parlaments mit BMW der 7er Klasse in Anspruch nehmen.

Es sind Fieberkurven, in denen sich die Stimmungen in der DDR derzeit bewegen. Die Demonstrationen im Oktober: der Widerstand tritt aus der Isolation.



Riesen-Andrang beim Schlußverkauf in der DDR

Proben des aufrechten Gangs. Die Ängste, ob die "chinesische Karte" gezeigt wird. Dann: Die Staatsmacht weicht zurück. Kurz darauf: die Mauer fällt. Egal, ob sich Schabowski schlicht verlesen hat, als er den zerknitterten Zettel aus der Tasche fischte und verkündete, die Grenzen seien für alle frei (bei der SED-Leipzig heißt es, er habe sagen wollen: die Grenzen seien für alle **Ausreisewilligen** offen)- der Fall der

Mauer und die Öffnung der Grenzen wurde von allen als ihr Sieg, als Sieg der Menschen, als Ergebnis der Demonstrationen und Kundgebungen, verstanden. Dann die kalte Dusche: Das Aufdecken der breit angelegten Korruption; der Fall Schalk-Golodkowski.

"Dieses Versagen von Krenz, das nochmalige Versagen der neuen SED-Garnitur - das gab uns den Rest." So ein SEDler in Dresden am Tag vor dem Parteitag, 1. Teil.

Zwei Tage darauf, nach dem Parteitag, erneut ein Stimmungsumschwung, jedenfalls bei hunderttausenden SED-Mitgliedern. Auch ich kann mich dem nicht entziehen. "Ich würde wohl jetzt", so wage ich im Jugendclub Nexö am Sonntagabend zu sagen, "wenn Sozialist in diesem Land, in die SED eintreten. Jedenfalls dann, wenn diese, wie es sich abzeichnet, auch Strömungsfreiheit gewähren würde."

Die mitdiskutierenden - mehr oder weniger "autonomen" - Jugendlichen finden dies zumindest eine diskutabile Position. Ähnlich Vertreter der Vereinigten Linken, tags darauf in Leipzig.

Wer, bitteschön, wenn nicht eine von unten nach oben gewendete und die Oberen herausgekehrt habende SED könnte - zusammen mit der demokratischen und sozialistischen Oppositionsbewegung - den Einmarsch der Bosse und Banker noch stoppen? Wer verfügt über Kader, materielle Ressourcen und die Masse an überzeugten ehrlichen Sozialistinnen und Sozialisten, um eine glaubwürdige - fachlich, personell und moralisch ausgewiesene - Alternative zur Arschkriecherei entwickeln und realisieren zu können?

"Ich halte nichts von Urteilen aus der Entfernung". Der dies sagte, ist längst, wie der clevere Igel vor dem tumblenden Hasen, vor Ort: Lothar Späth. Er residierte im Luxusdevisenhotel "Bellevue" zu Dresden. Er weilte exakt 24 Stunden dort. Seine Urteile waren bereits gefällt: Markt, Markt und Markt. Und: Aus der DDR-Mark wird die D-Mark. Währungsreform - Abwertung der DDR-Mark und entsprechend der DDR-Guthaben - eingeschlossen. Der Späth begleitende Chef des größten elektronischen Betriebs der DDR, Robotron: "1990 wird ein Übergangsjahr". Übergang zur - wie auch immer "auszugestaltenden" Marktwirtschaft, scheint

in diesen Direktoren-Kreisen die einzig denkbare Form eines "Übergangs" zu sein. Noch im Dezember geben sich in Dresdens "Bellevue" a) die CDU-Parteivorstände, b) Kanzler Kohl, c) Otto Wolf von Amerongen die Klinke in die



Hand, um derlei "Übergänge" zu beschleunigen. Das Rezept ist das gleiche wie 1948/49 in Deutschland-West: Erst die Fakten, dann die Wahlen. Bei Freedom & Democracy läuft letzteres auf das Absegnen der facts hinaus.

"Was schätzt ihr, wie der Kurs steht, wenn die Grenzen offen sind, also in drei, vier Wochen?" Die "Antwort" der Magdeburger Jugendlichen, alles Gewerkschaftsmitglieder: "Für 1:8 oder 1:10 werden wir nie tauschen!" Aber, so insistiere ich, was wird denn der reale Kurs zwischen "meiner" Westmark und "eurer" DDR-Mark sein, der Kurs, zu dem **man**, zu dem **die Mehrheit** tauscht oder tauschen muß? "1:10 tau-

schen wir nie !" Keiner kann -will- sich real vorstellen was in Kürze knallharte Tatsache ist: Millionen Wessis fallen in die DDR ein. Kaufen für hundert müde Mark Waren und Dienstleistungen, die mehr als einen Monatslohn eines DDR-Beschäftigten ausmachen. Einige kommen mir ökonomisch: "Aber der Kurs wird sich verbessern-ein hohes DM-Angebot sorgt für einen sinkenden DM-Kurs, zumal bei relativer Knappheit der DDR-Mark."

Und was, wenn die DM schlicht zur heimlich führenden Währung wird ? Wenn der Prozeß, der mit den Parallelstrukturen der Intershops, der Interhotels, dem "Bellevue" (Die Tasse Kaffee 3 Mark, aber West, bitte !) sich verallgemeinert, wenn dieser **alle** gesellschaftlichen Bereiche durchzieht ?

Eine Vorbereitung auf die kommende Situation Anfang 1990-sei es eine materielle oder wenigstens eine bewußtseinsmäßig-moralische-gibt es nicht.

Dabei gäbe es durchaus Menschen und Argumentationen, die massenwirksam sind, die diesem großdeutschen Einmarsch des Kapitals begegnen könnten. Bereits die Parolen auf Dresdener Wänden und viele Anschläge auf Leipzigs berühmter "demokratischer" Litfaßsäule zeugen davon: "Laßt euch nicht verkohlen", "Kohl-Plantage ? Mit uns nicht !", "Marx-Engels-Lenin: endlich!"



"Wiedervereinigung=Schönhuber: Nein danke !", "Wir lassen uns nicht Be-eR-Digen !" Die Menschen bleiben stehen, lesen, diskutieren, schreiben eigene Kommentare auf Handzettel und Plakate. Kreativität ist angesagt. Demokratisch-Sozialistische Positionen sind durchaus für die Masse von Interesse (weit mehr als in der BRD heute). Christa Wolfs Satz: "Stell dir vor, es ist Sozialismus, und keiner geht weg!" wurde nicht nur am 4. November von der Eine-Million-Menschen-Demo bejubelt. Solch eine Vision ist weiterhin Thema bei breiten Teilen der Gesellschaft.

Die repräsentativen Umfragen unterstreichen dasselbe Bild. In der SED laufen die stalinistischen Oberen davon- so in Dresden der Prorektor der Hochschule für Verkehr, Wolfgang Heyde, am Tag nach dem Parteitag, 1. Teil. Neue, nicht kompromittierte Kräfte sind bereit, sich zu engagieren. Viele von ihnen haben in den Jahren zuvor innerparteilich quer gelegen, sich mit ihrer Opposition gegen die Führung am Rande des Parteiausschlusses entlanggehängt. Diese Opposition ist keineswegs in erster Linie eine, die auf eine technokratische Reform und auf die Öffnung zur Marktwirtschaft zielt.

Natürlich gibt es diese auch. Beispiel von Ardenne (Atomphysiker) und die Vertreter dessen Instituts bei Dresden. Ebenfalls kurz nach dem Parteitag argumentierte Professor Schiller, stellvertretender Direktor des Ardenne-Instituts: "Der RGW ist tot". Er plädierte für die ausschließliche Öffnung auf Markt und den Westen. Doch er stößt innerparteilich auf heftigen Widerstand. "Ein dritter Weg muß gegangen werden. Und zwar ein dritter, der ein wirklich sozialistischer ist. Denn der "zweite" Weg, den wir gingen, war kein sozialistischer". Diese Meinung findet Zustimmung. Doch sie findet kaum profilierte Fürsprecher an der Spitze der Partei. Und es existiert kein glaubwürdiges, umfassendes, fachkundiges Konzept, das einen solchen "dritten" Weg mit Leben füllen würde, als gangbare Alternative ausweisen könnte. So bleibt dies eher einer dieser schönen, alten Träume, die Sozialistinnen und Sozialisten im allgemeinen und einem Stefan Heym im besonderen zugeschrieben werden. Hintergedanke dabei: die genießen ohnehin Narrenfreiheit. Bei einem beachtlichen Teil der real existierenden und malochenden Bevölkerung ganz deutlich in Leipzig auf der Demonstration- zieht unter den Bedingungen des vorausgegangenen 40jährigen "Experiments Stalinismus" das Argument, man wolle jetzt nicht für neue Wunderdoktoren die Versuchskaninchen spielen. Den Stalinismus, dann natürlich weiter als Sozialismus tituliert, kenne man bereits. Den Kapitalismus auch: Und letzterer schneide im Vergleich besser ab. Etwas Neues wolle und könne man jetzt nicht versuchen.

(Mit freundlicher Genehmigung des Autors, Winfried Wolf, Redakteur der Sozialistischen Zeitung SOZ).

11. ANTIFA-LANDESKONFERENZ NRW IN BOCHUM

Am Samstag, dem 2.12.89, fand in **Bochum** die 11. landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen statt. An der Konferenz nahmen ca. 3-400 Menschen teil. Schon im Eröffnungsplenum wurde deutlich, daß die antifaschistische Bewegung in NRW in der Krise befindet.

Während des Eröffnungsplenums versuchten Vertreter der VVN/BdA, der Grünen, der JungsozialistInnen, der Bonner Initiative "Gemeinsam gegen Neofaschismus" und der Autonomen durch eine Podiumsdiskussion durch kontroverse Positionen, Diskussionsanstöße für eine Diskussion mit dem Plenum anzuzetteln.

Von diesen Podiumsdiskutanten konnte einzig Peter Kratz von der Bonner Initiative ein einigermaßen fundiertes Urteil über die aktuelle gesellschaftliche Situation vorstellen - den Rest der Teilnehmer: höflich vergessen.

Erfrischend zwar, wie die beiden autonomen Vertreter allen übrigen vorhielten, sie wollten diese Gesellschaft bloß kosmetisch behandeln. Sie selber hatten allerdings außerdem dem verdienstvollen Bekenntnis zur notwendigen Abschaffung des Systems auch nichts anzubieten - außer ihrer Träume von einer schöneren Welt, die mit einiger Sicherheit von den übrigen Anwesenden in stillen Stunden auch geträumt werden. Zu Recht wurde aus dem Podium kritisiert, daß dieses Konzept des Eröffnungsplenums nur ermüdend wirke. Bei vielen besteht der Wunsch, zum alten Konzept der Berichte aus den Orten und zum Erfahrungsaustausch im Eröffnungsplenum zurückzukehren.

Verwunderlich, daß keinerlei Kritik an der offenkundigen männlichen Dominanz während der Diskussion geübt wurde; immerhin war sicher nahezu die Hälfte der Anwesenden weiblich.

Positiv dagegen, daß die Partei der "Republikaner" von dieser Konferenz vorbehaltlos als faschistische Organisation bezeichnet wird. Mit wenigen Gegenstimmen wurde auf dem Ab-

schlußplenum der "Bericht zum Stand der Diskussion" verabschiedet (im Anschluß in Auszügen dokumentiert).

Streit gab es allein um die Frage, ob ein Absatz eingefügt werden solle, der die demokratische Bewegung in der DDR positiv würdigt. Dies wurde von der Mehrheit abgelehnt mit der Begründung, dies sei nicht "Aufgabe der Konferenz" (zur "Lage in Deutschland" siehe auch den Leitartikel in dieser Ausgabe). Jeweils einstimmig mit nur wenigen Enthaltungen verabschiedete die Konferenz eine Erklärung gegen die Zusammenarbeit mit der völkisch-rassistischen Sekte "Deutsche Unitarier", eine Resolution gegen die Verfolgung von Antifaschisten in Dortmund und eine Erklärung gegen den Kurdenprozeß in Düsseldorf.

Zu erwähnen noch ein Grußwort des Ostermarsch-Komitees Ruhr, das sich für eine verstärkte Zusammenarbeit von Friedensbewegten und AntifaschistInnen aussprach.

"Bericht zum Stand der Diskussion"

(...)Zwar bestehen nach wie vor verschiedene faschistische Organisationen, doch die REP haben sich inzwischen als die Sammlungspartei dieses Lagers herausgestellt. Auch in einer vom SPD-Parteivorstand in Auftrag gegebenen Untersuchung vom Oktober 1989 heißt es: "In der Sache decken sich die wichtigsten REP-Forderungen weitgehend mit denen von NPD und DVU...Die REP sind eine rechtsextreme, antidemokratische Partei." Im Gegensatz zu den anderen Organisationen der extremen Rechten ist es den REP jedoch gelungen, auf Grundlage einer modernisierten und dem "Zeitgeist" angepaßten faschistischen Programmatik und einer entsprechenden Politik auch konservative Kräfte einzubinden. Leute aus der "Braunzone" wie Diwald und Rohrmoser sind es, die

dem neuen Parteiprogramm der REP "intellektuellen" Schliff verleihen sollen.

(...) Wir warnen davor, die faschistische Formierung als eine "Normalisierung" gesellschaftlicher Entwicklungen anzusehen. Zwar findet faschistische Propaganda einen Nährboden in den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen, es gibt einen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus. Trotzdem sind menschenverachtende Positionen nichts "Normales". Solche Verharmlosungen erleichtern es den Rechten, die gesamte politische "Landschaft" nach rechts zu drängen und bestehende gesellschaftliche Normen zu verschieben. (...)

Wir bekräftigen den Standpunkt der 10. landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen,



Antifa-Konferenz NRW

die im "Wuppertaler Aufruf" vom 15.4.1989 ausdrücklich dagegen eintrat,

"daß neofaschistische Organisationen großzügig geduldet werden und unsere Bevölkerung demagogisch ansprechen können(...), daß Organisationen wie die DVU, die NPD, die FAP und die NF zu Wahlen zugelassen werden und zunehmend hoffähig, bündnisfähig und sogar koalitionsfähig gemacht werden."

und die die Auflösung und das Verbot aller neofaschistischen Organisationen und ihrer Propaganda nach Art. 139 Grundgesetz forderte.

Die Anhangbildung von REP, DVU, NPD, FAP und anderen knüpft an die "offizielle" Politik der letzten Jahre an. Im "Wuppertaler Aufruf" haben wir insbesondere auf die restriktive Ausländerpolitik der Bundesregierung hingewiesen und auf ihre Sozialpolitik, die auf die Herausbildung einer "rigoros individualisierten und flexibilisierten Risikogesellschaft" zielt, Konkurrenz verschärft und die Entsolidarisierung der Gesellschaft vorantreibt.

Ebenso zu nennen ist die Belebung einer revanchistischen Wiedervereinigungs-Politik. Vor einigen Jahren glaubten viele, die Propaganda der "deutschen Einheit" sei nur noch die Sache einiger "Ewig-Gestriger". Heute betreibt die Bundesregierung unverfroren und mit breiter Unterstützung eine Politik, die auf die Vereinnahmung zumindest der DDR und den Anschluß osteuropäischer Länder an eine großdeutsch geführte EG zielt. Sie mischt sich massiv in die Angelegenheiten anderer, selbständiger Staaten ein. Dahinter stecken handfeste Interessen von Konzernen und Banken an der Erweiterung ihres Einflßbereiches und der Wiedererrichtung marktwirtschaftlicher Verhältnisse in der DDR und anderen osteuropäischen Ländern.

Ohne die Kritik dieser "offiziellen" Politik kann Antifaschismus nicht erfolgreich sein. Auch die NPD konnte Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre nur zurückgedrängt werden, weil eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung reaktionären Positionen wie dem "Alleinvertretungsanspruch" der Bundesrepublik für "alle Deutschen" Boden entzog.

-Rassismus kann man nicht bekämpfen, wenn es als gesellschaftliche Alltäglichkeit hingenommen wird, daß politische und soziale Rechte Leuten mit "deutschem Blut" vorbehalten sein sollen.

- Nationalismus und Revanchismus kann man keinen Riegel verschieben, wenn nicht endlich der Tatsache Anerkennung verschafft wird, daß das Deutsche Reich spätestens seit 1945 nicht mehr existiert.

- Die soziale Ausgrenzung, die Faschisten z.B. gegen "Leistungsunwillige" und "Schmarotzer" betreiben, kann man nicht bekämpfen, wenn man es hin nimmt, daß sich menschenunwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen immer mehr ausbreiten und soziale Standards eingerissen werden (...)

Angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen und der anschließenden Bundestagswahl bekräftigen wir die Notwendigkeit einer antifaschistischen Bündnispolitik(...). Dabei geht es insbesondere um die folgenden Punkte:

1. Faschistische Parteien dürfen in NRW nicht zu den Landtagswahlen zugelassen werden ! Für faschistische, rassistische und nationalistische Propaganda dürfen keine öffentlichen Mittel und keine Medien zur Verfügung gestellt werden. Wir treten dafür ein, daß Kundgebungen, Veranstaltungen, Stände usw. von Faschisten untersagt werden. Dort, wo die REP in den Gemeinderäten sitzen, darf keine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit ihnen stattfinden.

2. Für die politische und soziale Gleichheit aller Menschen, die in der Bundesrepublik leben ! Wir wenden uns gegen die restriktiven Bestimmungen des Ausländergesetzes und treten für das kommunale Wahlrecht als ersten Schritt zu gleichen Rechten ein. Wir fordern von der Landesregierung die unverzügliche Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs. Wir treten desweiteren ausdrücklich für die soziale Gleichstellung von Ausländerinnen und Ausländern im Arbeits-, Sozial-, Steuerrecht usw. ein.

3. Für friedliche Koexistenz und Völkerverständigung ! Wir fordern die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR mit allen Konsequenzen wie der Schließung der Erfassungsstelle in Salzgitter sowie der Anerkennung der bestehenden osteuropäischen Grenzen. Wir treten ein für die Streichung der Präambel des Grundgesetzes, in der die "deutsche Einheit" als Verfassungsauftrag postuliert wird. Wir lehnen sämtliche Pläne zur Einverleibung der DDR (z. B. Konföderationen) entschieden ab. Von der Landesregierung und den Kommunen fordern wir eine Politik in diesem Sinne, das heißt z.B. die Aufkündigung von Patenschaften, wie sie die Landesregierung mit der Landsmannschaft der Oberschlesier pflegt, und die Streichung finanzieller Mittel für landsmannschaftliche Betätigung.

4. Jeder Mensch hat das Recht auf menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen ! Wir verteidigen und fordern soziale Mindestsicherungen, die verhindern, daß Menschen wie Material behandelt werden und ihnen jegliche soziale Existenz-

möglichkeit entzogen wird. Wir wollen eine Politik, die gegenüber der von Konzernen und Banken betriebenen Politik der Flexibilisierung, Deregulierung und Privatisierung an den Interessen und Bedürfnissen der lohnabhängig Beschäftigten und einfachen Leute ausgerichtet ist.

5. Demokratische Rechte gegen eine Politik von "Law and Order" ! Wir sind dafür, daß demokratische Rechte als Rechte gegen staatliche Willkür ausgeweitet und nicht eingeschränkt werden. Wir sind gegen Gesinnungsparagrafen wie den § 129 a, gegen die Vernichtung politischer Gegner durch unmenschliche Isolationsbedingungen und gegen die politische Verfolgung ausländischer Organisationen in der BRD, wie sie zur Zeit im Kurdenprozeß in Düsseldorf vorexerziert werden soll (...).

Wir rufen auf

-zur breiten Fortführung der Unterschriftensammlungen unter den im April beschlossenen "Wuppertaler Aufruf" bis zu den Landtagswahlen.

- zu einer landesweiten Demonstration gegen den von den Republikanern geplanten Landesparteitag zur Eröffnung des Landtagswahlkampfes.

- zu einer Protestveranstaltung und vielen dezentralen, örtlichen Aktionen gegen die Wahlzulassung faschistischer Parteien zu den Landtagswahlen.

- zu einer landesweiten Demonstration in Verbindung mit einer aktionsorientierten 12. landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen am 5. Mai 1990 in Düsseldorf.

Wir fänden es gut, wenn die örtlichen Initiativen in NRW

-antifaschistische Stadtkonferenzen durchführen...

-den Antirassismustag der UNO am 21.3.1990 als Aktionsmöglichkeit nutzen...

-sich stark an den Demonstrationen zum 1. Mai beteiligen, zu einem antifaschistischen Charakter dieser Demonstrationen beitragen und sich dafür einsetzen, daß der DGB das kommunale Wahlrecht zu einem Schwerpunkt macht;

-stärker "Zielgruppenarbeit" machen würden...

-alle Bestrebungen auf antifaschistischer Basis unterstützen, die sich gegen eine Supermacht Europa unter großdeutscher Vorherrschaft richten und eigene lokale Informationsveranstaltungen zu diesem Thema durchführen.

BAHNHOF ESSEN-WEST :

NEOFASCHISTEN STÜRMEN

"CAFE KUBA"

Vor wenigen Wochen war das weit über Essen hinaus bekannte "Cafe Kuba" Angriffsziel einer Gruppe von neofaschistischen Schlägern aus dem Umfeld der "FAP". Gegen 22.00 Uhr, an einem Freitagabend, stürmten plötzlich 30-40 "Fans" des Duisburger Eishockey-Clubs in das Lokal. Im nahegelegenen Essener Eislauf-Stadion war das Spiel Essen gegen Duisburg zu Ende gegangen. Duisburg hatte verlo-



ren, und die Duisburger "Fan"-Clique beschloß spontan, den Gästen des "Cafe Kuba" mal zu demonstrieren, wer "Herr in Deutschland" sein soll. Wie es nach den Wünschen die-

ser FAP-Sympathisanten.

Wie es weiterging, was danach passierte und was eigentlich das "Cafe Kuba" ist, schildert das folgende Interview mit Helga, der Wirtin.

INTERVIEW

AntifaZ: Wir befinden uns heute abend hier im "Cafe Kuba", das sich im Bahnhof Essen-West befindet. Das "Cafe Kuba" ist ein Lokal, das nach unseren Informationen sehr stark von ausländischen Menschen besucht wird, hauptsächlich von Leuten aus Afrika und Mittelamerika, aber auch aus zahlreichen anderen Ländern-Deutsche sind auch da, aber deutlich weniger.

Helga, die Wirtin oder Pächterin des "Cafe Kuba" kann uns sicher noch etwas genauer erzählen, was das "Cafe Kuba" für ein Lokal ist:

Helga:

Das "Cafe Kuba" besteht jetzt seit zwei Jahren, hat von Anfang an eingeschlagen, wie es sollte, wir sind in erster Linie ein karibisches Musiklokal, machen karibische und afrikanische Musik, und gleichzeitig, und da liegt eigentlich der Hauptpunkt und das Schwergewicht, sind wir ein Kommunikationszentrum, ein 3.

Welt-Kommunikationszentrum, weil natürlich durch diese Musik der 3. Welt sehr viele ausländische Gäste angezogen werden, und na-

türlich auch ausländische Mitbürger, nicht nur Gäste, wir haben hier sehr viele Lateinamerikaner, Afrikaner und sehr viele Araber, die eigentlich von Anfang an das "Cafe Kuba" aufgesucht haben.

Eigentlich herrscht hier immer Friede, Freude, Eierkuchen, alle verstehen sich wunderbar, obwohl hier die verschiedensten Mentalitäten aufeinander prallen, aber wir haben niemals Ärger, untereinander zumindest nicht, der Ärger kommt dann manchmal von draußen, zum Beispiel hatte ich ja

schon mal, ganz am Anfang, Ärger mit der Bundesbahn, weil sich angeblich Nachbarn, die ja hier gar nicht existieren, über Lärmbelästigung beschwert haben, was aber gar nicht der Fall war, das war viel eher Ausländerfeindlichkeit, es ging denen wohl vermutlich sehr auf den Geist, daß hier so viele Ausländer herumlaufen, hier sind im Bahnhof ja auch dauernd diese häßlichen Parolen angeschmiert, und seinerzeit hatte man mir dann aufoktroiiert, ich müsse hier um ein Uhr schließen, das widerspricht natürlich völlig der Mentalität unseres vielschichtigen Publikums, ich bin dann sofort zum Kulturamt gerast, habe dann auch vom Kulturamt der Stadt Essen ein Zertifikat bekommen, einmalige kulturelle Begegnungsstätte, muß in dieser Form erhalten bleiben, etc. etc., afro-latinische Kultur muß gefördert werden.

Fernsehen war auch da, es ist ein Bericht gezeigt worden, und seitdem habe ich eigentlich einigermaßen Ruhe, wenigstens was die Obrigkeit angeht, die Beschwerden kommen noch immer, aber damit muß ich wohl leben, ja, es gibt eben leider Leute, die was dagegen haben, daß hier so was abläuft.

Tja, was soll ich noch sagen- wir sind eben in erster Linie ein 3. Welt-Kommunikationszentrum, das liegt nicht nur am Publikum, sondern auch an den Musikern, die hier jede Woche regelmäßig auftreten, wir haben ja nur exotische Musik, wir haben afrika-

nische Musiker, wir haben südamerikanische Musiker, ja, und ansonsten sind wir hier eben eine große Familie, wir verstehen uns alle prächtig miteinander, und wir wollen natürlich, daß das hier so weitergeht, wie bisher, und wir nicht immer wieder von irgendwelchen Außengruppen gestört werden.

AntifaZ:

Ja, das ist ja auch der Grund, warum wir dies Interview mit Dir machen wollen. Wir haben von Freunden gehört, daß es hier vor einigen Wochen einen ziemlich schlimmen Vorfall gegeben hat, wo Leute, die neofaschistischen Gruppen wohl nahestehen, hier versucht haben, Ärger zu machen. Kannst Du uns mal erzählen, was da vorgefallen ist?

Helga :

Es kam sehr überraschend. Wir sind hier leider in der Nähe der Eissporthalle, da laufen eigentlich immer, bzw.

nicht immer, nicht jedes Wochenende, Eishockeyspiele, die ja entsprechendes Publikum anziehen, und an diesem besagten Freitag war es also so, daß nach dem Eishockeyspiel, so gegen elf, das Eishockeyspiel war zu Ende, die Polizei, die da ja auch immer dazugezogen wird, hatte sich schon verabschiedet, darauf haben die natürlich extra gewartet, es hatte sich wohl eine bestimmte Gruppe angeblicher Eissportfans, es waren sicherlich auch Eissportfans grobenteils, die ich aber nur als Mitläufer bezeichne, die vermutlich von einem harten Kern gesteuert worden sind, von einem harten Kern Neonazis meiner Meinung nach, die dann also kurz nach elf gesammelt im Pulk, im Rudel möchte ich sagen, hier eingedrungen sind, 50-60 Mann auf einmal, Schulter an Schulter, meine beiden Eingangstüren zerstört haben, die Leute überannt haben, mitten rein in den Laden gestürzt sind und sofort angefangen haben, Randalen zu machen.

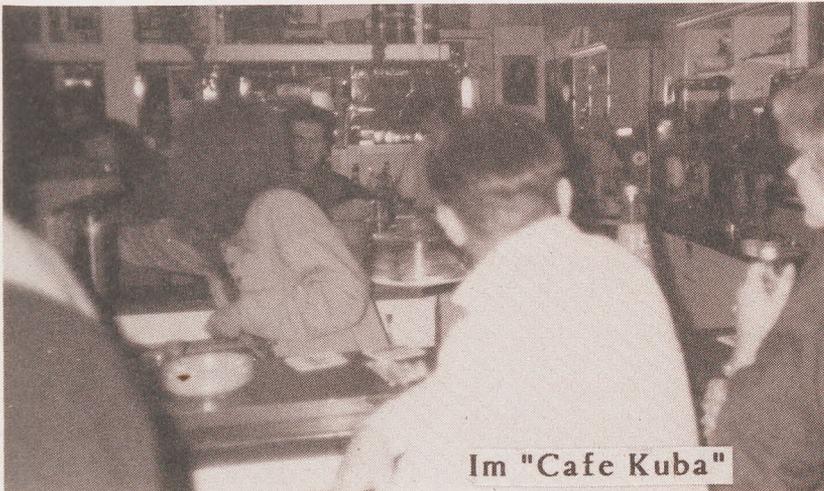


FAPler im Abmarsch

Ich habe im gleichen Moment, als die reinkamen, die Polizei gerufen, die Polizei ließ natürlich ungefähr eine Viertelstunde auf sich warten, obwohl ich zwischendurch noch dreimal angerufen hatte, wir haben selber versucht, die Leute rauszukriegen, war natürlich nicht drin, es gab dann also hier Schlägerei mit dem Publikum, das sich auch gewehrt hat, natürlich für uns und die große "Cafe Kuba-Familie" sofort Partei ergriffen hat, teilweise war totale Panik, Leute aus dem Publikum haben sich

der die ganze Sache auch gesteuert hat, das hat ungefähr eine Viertelstunde gedauert, bis sich das Ganze einigermaßen in die Bahnhofshalle verlagert hat. Dann kam auch endlich die Polizei, nichtsdestotrotz, der Abend war hin, es war einiges hier zerstört, ich hatte hohe Kosten, die Versicherung hat natürlich nicht bezahlt, weil Vandalismus nicht reguliert wird von der Versicherung, nur in Verbindung mit Einbruch, das war ja nicht der Fall, und das hat natürlich einen sehr bitteren Nachge-

ten zwei Jahren- ich vermute mal einfach, es können nur rechtsextremistische Gruppen sein- Drohungen bekommen habe, per Telefon, daß dieser Laden hier verschwinden muß, na ja, und Schlimmeres, weiterhin hatte ich Monate und Abermonate hindurch draußen an meinen Plakatwänden immer wieder diese häßlichen, absolut häßlichen Parolen draufgeschmiert, so daß ich also jeden Tag neue Plakate kleben mußte, das hat monatelang angehalten, komischerweise seit drei Wochen nicht mehr, verstehe ich auch nicht so ganz, ich bin natürlich sehr froh darüber, dafür waren jetzt andere Parolen an den übrigen Bahnhofswänden, die mindestens genauso häßlich waren, na ja, das zu diesen Vorfällen, zu den Feinden, die wir hier so haben.



Im "Cafe Kuba"

versteckt hinter der Theke, sind in den Küchenflur gerannt, mein Bruder hat sich geistesgegenwärtig den Feuerlöscher geschnappt, ist vor die Eingangstür gerannt und hat die anderen 50 Mann von der Sorte, die noch in der Bahnhofshalle sich aufgehalten haben, dadurch an Eindringen gehindert, daß er den Feuerlöscher versprüht hat, ja, während dieses Aufstandes hier drinnen ließen diese Leute dann auch diese rechtsextremistischen Parolen los, mit anderen Worten, es war also ein harter Kern da,

schmack hinterlassen, bisher hat sich weiter nichts ergeben, ich habe natürlich Angst, daß sowas nochmal passiert, mittlerweile passen wir immer ganz genau auf, wenn Eishockeyspiele sind, dann habe ich zusätzlich Leute draußen, die darauf achten, ob sich irgendwelche Rudel bilden, die eventuell die Absicht haben, hier einzudringen, bislang ist nichts mehr passiert, ich hoffe, daß es ein Einzelfall bleibt, obwohl ich damit rechnen muß, daß es noch mal passiert, zumal ich sowieso immer wieder in den letz-

AntfaZ:

Kannst Du uns sagen, was eigentlich im einzelnen für Parolen an den Wänden standen, uns war vor allem der Schriftzug "FAP" aufgefallen.



Helga:

Doch, ich habe die Dinger schon immer gelesen, mit blutendem Herzen, da standen dann so Sachen wie "Scheißneger raus" und "Sautürken-Schweine" und noch viel Schlimmeres, ich kann das gar nicht wiedergeben, es war schon absolut ätzend, es trifft einen sehr, wenn man hier so was aufgebaut hat, wo wirklich Menschen aller Nationalitäten friedlich zusammentreffen, und man dann solche Knüppel zwischen die Beine geworfen kriegt, dann ist das schon sehr schlimm.

AntifaZ:

Uns ist bekannt, daß hier im Ruhrgebiet seit inzwischen über zwei Jahren eine Organisation besonders in Erscheinung tritt, wenn es darum geht, Terror gegen Ausländer auszuüben, das ist diese sogenannte "Freiheitliche Arbeiterpartei", Abkürzung "FAP". Die hat

es häufig verstanden, gerade in der rechten Skinheadszene, aber auch in der Fußball- und Eishockey-Fan-Szene,

Leute auf ihre Seite zu ziehen. Sie betätigt sich inzwischen zunehmend mehr als Schlägertruppe der neofaschistischen Gruppen. Häufig fällt ihre große Feigheit auf, wenn sie mit großen Gruppen auch auf kleinere Gruppen von Ausländern oder auf einzelne losgehen, auch versuchen sie gezielt, gerade Einrichtungen wie die Eure zu terrorisieren, indem sie versuchen, die Leute dort so einzuschüchtern, daß sie sich nicht mehr trauen, dort hinzukommen. Deshalb mal ganz direkt gefragt - die Gefahr, daß solch eine Gruppe erneut hier auftaucht, ist ja ganz real vorhanden, was soll man denn Deiner Meinung nach tun, um in Zukunft dagegen etwas zu unternehmen?

Helga:

Absolut schwierig, ich habe keine Ahnung, was man dagegen unternehmen soll, man sollte es natürlich der Öffentlichkeit bekanntmachen und möglicherweise, ich hab das natürlich auch der Polizei gesagt, versuchen, von der Polizei Hilfe zu bekommen, aber ich weiß nicht wie,

denn täglichen Polizeischutz kann man nicht erwarten, das tun die auch nicht. Man hat mir mehr oder weniger Polizeischutz zugesagt, wenn Eishockeyspiele sind, aber das ist auch kein Polizeischutz im eigentlichen Sinn. Die haben mir zugesagt, daß sie dann draußen zusätzliche Einheiten versteckt stehen haben, aber ich hab keine Ahnung, ob das wirklich was nutzt, also ansich weiß ich nicht, was ich daneben unternehmen kann, außer einfach nur weitermachen, den Laden verteidigen, wenn wie-

ANZEIGE

**AFRO
LATIN
MUSIC PUB**

Café Afro Latin Music Pub

Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen · A430 E-Hobeisenbr. ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*

der sowas vorkommt, und sich nicht einschüchtern lassen.

AntifaZ :

Also, das finde ich ganz toll, wenn Du sagst, sich nicht einschüchtern lassen, weil das ja im Grunde genau das ist, was die Neonazis bezwecken, daß sich jemand einschüchtern läßt. Wir hätten vielleicht noch ein oder zwei Vorschläge, die wir ganz spontan machen.

Ich persönlich meine, der einzige Schutz auf Dauer ist, daß auch die deutsche Bevölkerung in Zukunft solche Einrichtungen wie das "Cafe Kuba" als zu verteidigende Einrichtungen ansieht. Daß auch die Essener BürgerInnen eine solche Einrichtung nicht mit scheelen Augen ansehen, sondern daß auch noch mehr deutsche Leute hierhin kommen und so Freundschaft nicht nur zwischen den ausländischen Nationalitäten entsteht, sondern auch zwischen Ausländern und Deutschen. Und was wir uns auch vorstellen könnten, wenn wir unsere Kontakte zur Antifa-Szene hier in Essen ein bißchen ankurbeln, daß die auch häufiger hier als Freunde hinkommen, daß sie in der Öffentlichkeit bekanntmachen, daß das "Cafe Kuba" auch in der Zukunft möglicherweise erneut von Neofaschisten überfallen wird. Mir ist zur Zeit unklar, ob die politisch aktiven Gruppen hier in Essen von den geschilderten Vorfällen wissen. Hier könnten wir als "Antifaschistische Zeitung"

schon dazu beitragen, daß das über Essen hinaus etwas bekannter wird. Und eine andere Sache : Es gibt auch in anderen Städten zumindest ähnliche Einrichtungen wie das "Cafe Kuba", die werden allerdings häufig durch kommunale Finanzmittel unterstützt. Ich denke, daß man auch die Stadt Essen auffordern sollte, Eure Einrichtung finanziell zu unterstützen.

Helga :

Ja, schön wärs. Schriftliche Zertifikate oder ähnliches bekommst Du eigentlich schnell, aber wenns ums Geld geht, sieht alles ganz anders aus.

AntifaZ :

Das wäre unserer Meinung nach dann eine berechtigte Forderung auf der kommunalen Ebene, die auch von anderen Kräften, beispielsweise von den Gewerkschaften, mitunterstützt werden könnte. Könntest Du Dir vorstellen, daß man in der Richtung mehr tun sollte, daß zum Beispiel Festivals ausländischer Kultur und andere größere Veranstaltungen im "Cafe Kuba" stattfinden könnten?

Helga :

Das könnte ich mir durchaus vorstellen, ich würde das auch gerne machen, ich würde auch ganz gerne Veranstaltungen in größerem Rahmen hier machen, nur,

wie gesagt, die kosten auch mehr Geld, und das kann ich selbst nicht finanzieren. Deswegen mache ich hier meine Konzerte, die kann ich finanzieren.

AntifaZ :

Ja, was wir so tun können als "Antifaschistische Zeitung", wäre auch, durch diese Reportage über das "Cafe Kuba" diese Einrichtung noch weiter bekanntzumachen, auch andere Kultureinrichtungen aufzufordern, über das "Cafe Kuba" zu berichten, und die Essener AntifaschistInnen aufzufordern, Druck auf die Stadt Essen auszuüben, so daß sie möglicherweise in Zukunft diese Einrichtung auch finanziell unterstützt. Außerdem werden wir alle AntifaschistInnen im Ruhrgebiet auffordern, das "Cafe Kuba" häufig zu besuchen und das in ihren Kräften Stehende zu tun, weitere neofaschistische Angriffe auf diese Einrichtung verhindern zu helfen. Herzlichen Dank an Helga für dieses Gespräch.

Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die etwa alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. V.i.S.d.P.: W. Englisch, Oerweg 28, 4350 Recklinghausen, Tel.: 02361/26345
Redaktionsanschrift: Deutsch-Türkischer Verein Recklinghausen e.V., Am Steintor 5, 4350 Recklinghausen
Redaktionssitzung: Mittwochs, 17.00 Uhr, Haus des Deutsch-Türkischen Vereins
Bankverbindung: Stadtparkasse Recklinghausen, BLZ 426500, Konto Nr. 100022931 Auflage: 600
Mitgewirkt haben: Carsten, Wolfgang E., Wolfgang T., Eckhard, Ingrid, Falke, Antje, Klaus, Petra, Rolf, Ruth, Dieter, Sie glinde und Ralf
Druck: Druckwerk, Penningskamp 12 a.46 Dortmund 30

blick nach draussen

Stuttgart, 13.12.89

Am 9. Dezember fand ein Seminar der Initiativen "Kein Frieden mit der Bundeswehr", "Reaktoren und Raketen" und des "Kommunistischen Bundes" zur Gefahr des neuen deutschen Nationalismus statt. Die etwa 15 TeilnehmerInnen rufen auf zu einer Initiative für eine Demonstration am 30. Januar 1990 anlässlich des 57. Jahrestags der Machtergreifung der Faschisten. Grundlage für einen Aufruf "Die Mauer ist weg-die Grenze muß bleiben ! Nie wieder Großdeutschland!" sollen folgende Forderungen sein: "Volle Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR, Streichung des Wiedervereinigungsgebots aus dem Grundgesetz! Endgültige Anerkennung der Grenzen Polens und der UdSSR durch die BRD ! Nie wieder Großdeutschland ! Nie wieder Faschismus und Krieg !" Ein erstes Treffen fand am 21.12. statt. Das Seminar wird fortgesetzt am 17. Februar.



Gelsenkirchen, 14.12.89

Am 1.12.89 fand ein antifaschistischer Ratschlag statt, an dem sich ca. 20 Leute beteiligten. Den gesetzten Ansprüchen wurde er nicht gerecht. Wichtige Fragen, wie z.B. eine Erklärung für die Wahlerfolge der REP, eine Einschätzung der REP als faschistisch und eine gemeinsame Handlungsstrategie, sind nicht geklärt worden. Stattdessen gab es Auseinandersetzungen zwischen Vertretern eines antikapitalistischen und Vertretern eines sozialarbeiterischen Antifaschismus. Vor allem die GRÜNEN meinten mit Anspruch auf Allgemeingültigkeit, Antifaschismus könne nicht antikapitalistisch oder antiimperialistisch begründet werden. U.A. deshalb, weil dieses die einfachen Menschen nicht verstehen würden. Warum die GRÜNEN diese so gering schätzen und warum die Kapitalisten nicht kritisiert werden sollen, erklärten sie nicht.

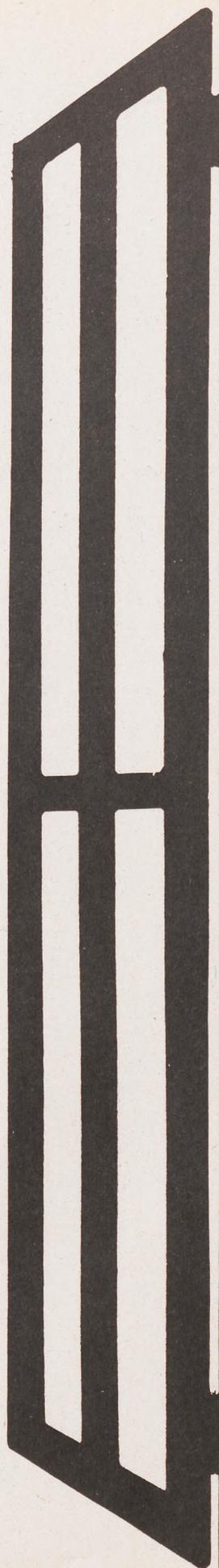


Schweinfurt, 14.12.89

In einem Interview mit der "Deutschen Gewerkschaftszeitung" (Nr. 12/89), dem Organ des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, äußert sich Kurt Holler, ehem. Vorsitzender des "Deutschen Arbeitnehmer-Verbandes", über die Unterwanderung dieses Verbandes durch die NPD:



"...Holler: Der Deutsche Arbeitnehmer-Verband ist von NPD-Anhängern unterwandert worden...Das beste Beispiel ist die Verbandszeitung DAZ. Die Schriftleitung der Zeitschrift wurde einem NPD-Aktivisten, Lothar Ehrlichmann, zugeschanzt...Da wird unter dem Deckmantel gewerkschaftlichen Engagements rechtsradikale Hetze betrieben...Da wird Front gemacht gegen die "Europa-Extremisten" der Bonner Koalitionsparteien, die die Interessen des eigenen Staatsvolkes und der gesamten deutschen Nation vernachlässigen, und gegen das Provisorium Bundesrepublik, das sich "zum Tummelplatz für Scheinasylanten und Kriminelle" entwickelt habe, und in dem durch die zunehmende Internationalisierung der "deutsche Charakter dieses Staates mehr und mehr schwindet"...Es ist richtig, daß das Institut für soziale Bildung im Bistum Essen nach dieser Tendenz- und Niveauänderung in der Verbandszeitung des DAV Konsequenzen gezogen hat, indem es die seit 1972 bestehende Bildungsarbeit mit sofortiger Wirkung aufkündigte. Das Institut begründete diesen Schritt mit der nationalistischen und anteuropäischen Politik des DAV, die nicht vereinbar sei mit der katholischen Soziallehre, der sich das ISB verpflichtet fühle. Hinzu kommt die Tatsache, daß die der NPD nahestehende "Deutsche Wochenzeitung" (DWZ), die vom DSZ-Verlag des Dr. Gerhard Frey herausgegeben wird, einen in der Tendenz als anteuropäisch gehaltenen Artikel aus der "Deutschen Arbeitnehmer-Zeitung" nachgedruckt hat...Es muß mit allen demokratischen Mitteln verhindert werden, daß der DAV bei den Betriebsratswahlen 1990 zum Zuge kommt. Gleichzeitig ist dafür zu sorgen, daß dieser Verband künftig nicht mehr ehrenamtliche Richter für Arbeits- und Sozialgerichte vorschlagen kann...".



Speyer, 8.12.89

Wie im Antifa-Nachrichtendienst Nr. 25/89 berichtet wurde, soll der **NPD-Bundesparteitag** nunmehr in Homburg/Saar stattfinden. Folgende Angaben machte dazu die DGB-Kreisvorsitzende in Neunkirchen: Nach dem Antrag der NPD, die Turnhalle in Homburg anzumieten, lehnten dies die SPD und der OB (CDU) ab, scheiterten aber vor dem angerufenen Verwaltungsgericht in Saarlouis. Inzwischen soll aber die Turnhalle bis etwa April randvoll mit Übersiedlern belegt sein. Jetzt soll die NPD planen, den Parteitag in Böblingen abzuhalten. Genaueres wie Termin usw. ist noch nicht bekannt.

Westberlin, 13.12.89

Rund 12 000 bis 15 000 Teilnehmer demonstrierten am 9.12. gegen die ökonomischen und politischen Einverleibungsmaßnahmen des BRD-Imperialismus gegenüber der DDR. Aufgerufen hatten die zahlreichen Gruppen und Organisationen, die im Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus sowie der Friedenskoordination zusammengeschlossen sind. Ferner auch das Antiimperialistische Bündnis und eine Künstlerinitiative, die mit kulturellen Beiträgen auftrat. Die zahlreichen Transparente machten die strikte Ablehnung von Faschismus, Nationalismus und Anschließpolitik deutlich und forderten Anerkennung der DDR und Unterstützung ihres eigenen Weges. Auf der Abschlußkundgebung sprachen u.a. zwei nichtdeutsche Westberliner gegen den sich mit der nationalistischen Propaganda verstärkenden Rassismus. Sie forderten Beseitigung der Sondergesetze, Aufnahme aller Flüchtlinge und Verbot faschistischer Organisationen. K. Croissant setzten sich ausführlich mit den Plänen des BRD-Imperialismus gegenüber der DDR auseinander, griff die dahinter stehenden Profitinteressen an und betonte die Aufgabe der westdeutschen Linken, umfassend gegen die Einmischung tätig zu werden. Die Beteiligung des DGB-Vorsitzenden Pagels wurde von der Gewerkschaft der Polizei in einem Flugblatt scharf angegriffen und mit einem "Nachspiel" im DGB bedroht.



Böblingen, 4.12.89

Die "Republikaner" kandidierten bei der Kreistagswahl im Kreis Böblingen in der Hälfte der Wahlkreise und erreichten dabei 3,7 % der Stimmen und drei Sitze. In der konstituierenden Kreistagssitzung hieß Landrat Heeb (SPD) die "Republikaner" herzlich willkommen und lobte das Bemühen um gute Zusammenarbeit unter den Fraktionen. War es doch der Wille des Landrats und aller Fraktionen, die "Republikaner" an der "eigentlichen politischen Arbeit" zu beteiligen. Eigens wurde die Zahl der Sitze in den Ausschüssen erweitert, um ihnen die Mitarbeit zu ermöglichen. Als erstes nahmen sich die "Republikaner" den Haushaltsplanentwurf des Landkreises vor und entdeckten 1,5 Mio. DM Zuschußbedarf für Sozialaufwendungen von Asylbewerbern, die sie ebenso gestrichen haben wollen wie die Zuschüsse an "Pro Familia", die angeblich "Legalisierung der Abtreibung" betreibt. Da wollen die "Republikaner" lieber "Träger von Brauchtum und Tradition" verstärkt gefördert sehen, vor allem die Kreisgruppe des Bundes der Vertriebenen.



Schleswig/Neumünster, 10.12.89

Nachdem faschistische Schmierereien in der Neumünsteraner Innenstadt mehrere Tage gut sichtbar an den Wänden prangten, obwohl sich mehrere Male beim Ordnungsamt beschwert wurde, welches zur Beseitigung der Parolen verpflichtet ist (Beschluß der Ratsversammlung, daß faschistische Propaganda aus dem Stadtbild zu verschwinden hat, sobald sie auftaucht), griffen beherzte AntifaschistInnen in aller Öffentlichkeit zur antifaschistischen Selbsthilfe und übermalten die menschenverachtenden Parolen. Die Polizei nahm die Personalien auf; die Leute wurden zu Strafbefehlen von jeweils 436,- DM ersatzweise 20 Tagen Knast verdonnert. Widerspruch wurde eingelegt; es wird jetzt zum Prozeß kommen, und das kostet Geld und erfordert unsere Solidarität! Spendet auf die Konto-Nr. 16468-203, Stichwort "Pinselprozeß", beim Postgiroamt HH; BLZ 20010020 ! (Quelle: NMS-Antifa-Info Nr. 3 und 4).



Osnabrück, 13.12.89

Der 21. Gewerkschaftstag der GEW, der vom 18. bis 22. November 1989 in Osnabrück stattfand, hat bei nur einer Enthaltung aus dem Abschnitt "V. Mitgliedschaft" der GEW-Satzung in § 8 Absatz 4:

"Die Gründe für einen Ausschluß sind:

a) arglistige Täuschung bei der Aufnahme;

b) gewerkschaftsschädigendes Verhalten;

c) satzungswidriges Verhalten

d) Verstoß gegen Unvereinbarungsbeschlüsse des DGB",

den letzten Satz gestrichen und damit die in der Tradition der Gesinnungsjustiz stehenden Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufgehoben.

Zuvor hatte der Bundesausschuß für StudentInnen in der GEW beantragt, die REP unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu stellen. Dies wurde mit grober Mehrheit abgelehnt.

"Die REPs und deren Positionen will die GEW im Aktionsbündnis des DGB in öffentlicher Auseinandersetzung argumentativ angehen. Zugleich sollen GEW-Mitglieder und Funktionäre durch Material und Fortbildung fitgemacht werden für den Umgang mit Rechtsradikalen am Arbeitsplatz und in Lehrveranstaltungen. Der GEW-Vorsitzende hat diese historische Entscheidung des Gewerkschaftstages begrüßt. "Die GEW hat gelernt, daß mit dem Instrument der Satzung politische Auseinandersetzungen nicht ersetzt werden können." (zit. aus: "Erziehung und Wissenschaft", Heft 12/89, S. 10).



Hamburg, 10.12.89

Auf der von der Hamburger Antifaschistischen Koordination am 2./3. Dezember organisierten Antifa-Konferenz wurde folgende Abschlusserklärung verabschiedet:

"Am 2./3. Dezember 1989 hat mit 250 TeilnehmerInnen eine Antifaschistische Arbeitskonferenz in Hamburg stattgefunden. Das ist ein wichtiger Schritt für die Entwicklung der Zusammenarbeit der Antifaschistinnen und Antifaschisten in Hamburg. In 20 Arbeitsgruppen haben Diskussionen über Fragestellungen und Aufgaben stattgefunden, die für die Stärkung des antifaschistischen Widerstands von Bedeutung sind. Die Ergebnisse der Arbeits-

gruppen sind in den Protokollen festgehalten. In allen Arbeitsgruppen hat es Diskussionen gegeben, die zum Ergebnis haben, daß Fragestellungen und Kontroversen klarer geworden sind, die die Hamburger AntifaschistInnen jetzt weiter gemeinsam bearbeiten und klären müssen.

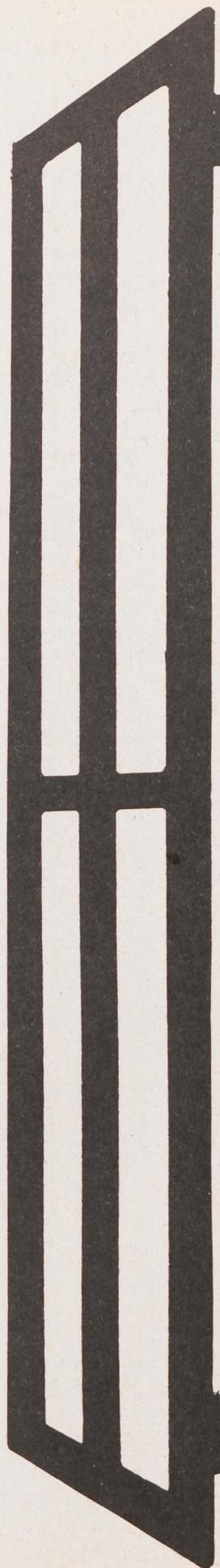
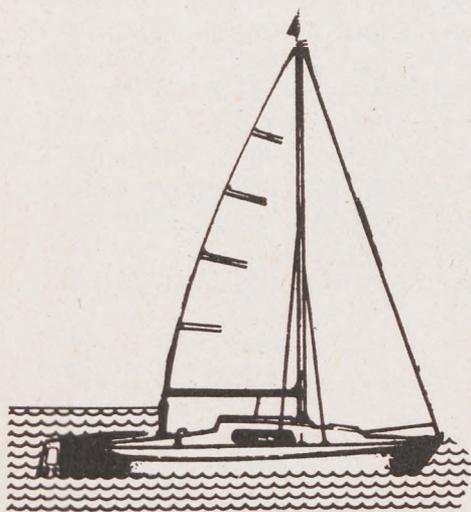
Die TeilnehmerInnen der Konferenz begrüßen die bisherige Arbeit der Antifaschistischen Koordination und wünschen die Weiterführung ihrer regelmäßigen Arbeitstreffen. Sie sprechen sich dafür aus, Mitte nächsten Jahres eine weitere Tagung durchzuführen, um die Zusammenarbeit der zahlreichen Kräfte

im antifaschistische Widerstand in Hamburg zu entwickeln."

Auffällig war die Teilnahme von vielen jüngeren Leuten. Sie kamen häufig nicht aus den Reihen einer der vorbereitenden Organisationen. Z.T. waren in den Arbeitsgruppen bis zu 50 Leute. Die Diskussionen in den AGs waren auch davon geprägt, daß sich viele AntifaschistInnen aus den verschiedenen Gruppen und Organisationen zum ersten Mal in Hamburg zusammengefunden haben. Es wurde deutlich, daß die Begründung antifaschistischer Positionen oft stark voneinander abweichen: das geht von "der Kapitalismus ist an allem schuld" über "man darf die bürgerlichen Parteien nicht für alles verantwortlich machen" bis zu "die Menschen sind selbst schuld am Erstarken des Faschismus". Und doch sind Gemeinsamkeiten in dem, was man verurteilt, und dem, was man will, vorhanden. Dafür einige Beispiele:

- die REP wurden eindeutig als faschistische Partei kritisiert, u.a. wegen ihres Nationalismus und ihrer Gewerkschaftsfeindlichkeit
- Rassismus wurde als grundlegender Bestandteil bürgerlicher Ideologie verurteilt
- dem Revanchismus in der BRD, insbesondere der gegenwärtigen Destabilisierungspolitik gegenüber der DDR, wurde der Kampf angesagt. Keine Wiedervereinigung!
- eine deutliche Veränderung der sozialen Verhältnisse in der BRD ist anzustreben, um den Einfluß der Faschisten zurückzudrängen.

Auf dem ersten Treffen der Antifaschistischen Koordination nach dem Kongreß wurde vereinbart, am 30. Januar 1990 eine Aktion gegen den BRD-Revanchismus durchzuführen.



RESOLUTION

Die im folgenden dokumentierte Resolution wurde auf der 11. landesweiten antifaschistischen Konferenz in NRW am 2.12.1989 in Bochum einstimmig bei einer Enthaltung verabschiedet.

Anlässlich des Einzugs der "Republikaner in den Dortmunder Stadtrat war es zu einer Konfrontation zwischen antifaschistischen Demonstranten und drei FAP-Faschisten gekommen, die durch ihr Auftreten die Demonstranten provozierten. Unter ihnen befand sich auch SS-Siggi Borchardt. Als es den Faschisten zu mulmig wurde, verließen sie den Demonstrationsort; ein Zug von Demonstranten folgte ihnen langsam. Es war keineswegs so, wie es in den lokalen Medien dargestellt wurde, daß es sich um eine Hetzjagd gehandelt habe. Einer der Faschisten erlitt dabei seinen vierten Herzinfarkt, an dem er etwa zwei Wochen später starb. Dieser Sachverhalt führte dazu, daß ein Antifaschist türkischer Staatsangehörigkeit unter dem von der Staatsanwaltschaft Dortmund erhobenen Vorwurf der Körperverletzung (der nach dem Tod des Faschisten zu Körperverletzung mit Todesfolge erweitert wurde) trotz Nachweises eines festen Wohnsitzes und Arbeitsplatzes etwa drei Wochen lang in U-Haft gehalten wurde, gegen einen

weiteren Antifaschisten ein Ermittlungsverfahren wegen unterlassener Hilfeleistung eingeleitet sowie nach einem weiteren Antifaschisten gefahndet wurde. Erst als dieser sich mit seinem Rechtsanwalt nach Zusicherung, daß er nicht in Haft genommen werde, meldete, wurde der in U-Haft einsitzende Antifaschist auf freien Fuß gesetzt.

Obgleich Siegfried Borchardt, der ja wohl besser als jeder andere am Ort des Geschehens über den Gesundheitszustand seines Gesinnungskumpans unterrichtet gewesen sein dürfte, durch sein provozierendes Verhalten zumindest fahrlässig gehandelt hat, ist er selbst wegen dieser Sache ebenso wenig unter Verfolgung gesetzt worden, wie er wegen zahlreicher ihm bereits gerichtlich nachgewiesener Gewalttaten gegen ausländische Mitbürger bzw. solche Personen, die er dafür hielt, in Haft gehalten wird oder auch nur der ihm gewährten Bewährungsvorteile verlustig gegangen ist.

Diese Doppelmoral der staatlichen Verfolgungsbehörden und der entsprechenden Berichterstattung in der Presse macht deutlich, daß hier die antifaschistische Bewegung getroffen werden soll. Die FAP benutzt den Toten jetzt als Märtyrer, um eine noch stärkere staatliche Unterdrückung antifaschistischer Aktionen zu fordern und um Volksverhetzung gegen Antifaschisten zu betreiben.

Beides weisen wir entschieden zurück.

ANZEIGE



BUCHLADEN
TARANTA-BABU
Humboldtstraße 44 · 4600 Dortmund 1
Telefon (02 31) 14 16 89

ZUM TOD EINES NEONAZIS

IN DORTMUND

Einige Daten zur Erläuterung der bevorstehenden Resolution erscheinen noch angebracht:

Der Mann, der den Herzinfarkt erlitt und zwei Wochen nach der Konfrontation mit den Antifaschisten starb, hieß Weber, war 56 Jahre alt und Mitglied der "Republikaner". Er bewegte sich im Schlepptau von SS-Siggi (FAP) und gedachte offenbar so, zu seinen gewählten Gesinnungskumpanen ins Rathaus gelangen zu können. Mithin zeigte sich hier eine deutliche Verbindung zwischen den Faschisten der weichen Masche (REP) und denen der harten Tour (FAP). Es ist ein Beispiel unter vielen. Mit Ausnahme von Radio Dortmund ist diese Verbindung in den Medien nicht zur Darstellung gelangt.

Auf welche Weise Siggi Borchardt am Abend der Dortmunder Kommunalwahl antifaschistische Demonstranten provoziert hat, ob er, wie die UZ der DKP vermeldete, laut "Sieg Heil" gerufen hat oder sie mit einer am Hals abgebrochenen Bierflasche in der Hand und angetrunken angepöbelt hat - ist im Prinzip unwichtig: Allein das Auftreten dieses Mannes, der bekannt dafür ist, als Anführer von Borussenfront und FAP Menschen allein wegen ihres "undeutschen" Aussehens zusammenzudreschen, war eine Provokation. Und daß Siggi Borchardt es versteht, von seinen politischen Widersachern manchen in Wut zu versetzen, ist hinlänglich bekannt. Es ist sicherlich nicht gerade ein Ausdruck von Klugheit, sich von solch einem Typ "anmachen" zu lassen, aber es ist auch eine Provokation seitens des Staates, daß dieser Mann trotz zahlreicher ihm in etlichen Strafverfahren bereits nachgewiesener Gewaltakte gegen Menschen, die weder ihm noch sonst jemandem etwas angetan haben, nach wie vor auf freiem Fuß ist und nicht einmal die Sondervergünstigungen, auf die ein Straffälliger rechnen kann, wenn er sich gut führt, aberkannt werden.

Hier trat dann wieder die schon so oft erlebte Neigung zur Distanzierung we-

gen der bei der Auseinandersetzung verübten Gewalt in den Vordergrund und erwies sich als ein Element, das geeignet ist, den tatsächlichen Verlauf der Front bei dieser Auseinandersetzung zu verdecken. Insbesondere bei den Dortmunder GRÜNEN ist gerade wegen ihrer Manie, sich von Gewalt zu distanzieren, ohne den tatsächlichen Verlauf der Auseinandersetzungen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, eine solidarische Stellungnahme zugunsten der Antifaschisten - trotz ihres Anspruchs, antifaschistisch zu sein - bisher unterblieben.

Zugegeben: Es ist sicher nicht gerade nobel, einem am Boden liegenden Mann, der gerade einen Herzinfarkt erlitten hat, noch einen Fußtritt zu versetzen, auch wenn dieser einer politischen Gesinnung huldigt, nach der es als richtig betrachtet wird, Menschen aus rassistischen Gründen zu mißhandeln. Wir sollten uns bemühen, Rachedgedanken nicht aufkommen zu lassen. Verständlich ist der Wunsch, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, allerdings schon. Und daß der am Boden Liegende einen Herzinfarkt erlitten hatte, dürfte für einen Laien - noch dazu bei Dämmerlicht - nicht erkennbar gewesen sein. Ursächlich für den Tod des Faschisten war ein solcher Tritt in den Hintern sicherlich nicht. Auch der ärztliche Bericht über die Autopsie hat für eine derartige Annahme keinen Beleg erbracht.

Wie man die Sache auch moralisch bewerten mag, eine strafbare Handlung läßt sich da nur schlecht konstruieren. Der türkische Antifaschist, der drei Wochen lang in Untersuchungshaft gesessen hatte, erscheint zudem auf dem in Händen der Ermittlungsbehörden befindlichen Videofilm nicht als die Person, die getreten hatte, sondern war lediglich als in der Nähe befindlich auszumachen. Der Inhaftierte hat zudem einen festen Wohnsitz und einen festen Arbeitsplatz. Ihn festzuhalten, war also de facto eine gegen die Antifaschisten gerichtete Schikanemaßnahme, wenn nicht ein Akt von Beugehaft. Dazu hat dieser Staat (noch, d.S.) kein Recht.

"RECHTS-LINKS"

Stellungnahme des Anti Atom Büros Hörde

Am Wahlabend der Kommunalwahl (1.10.89) kam es zu einem Zwischenfall: ein Begleiter von SS-Siggi Borchardt (FAP/Borusenfront) brach nach einer Rangelei zusammen. Diagnose: Herzversagen.

Zwei Wochen später: Festnahmen und Verhöre. Beschuldigter ist jetzt Kenan G., ein Kurde aus der Türkei. Reaktion der Linken: Aufruf zur Demo am 28.10. in einem Flugblatt.

Soweit-sogut. Anlaß für Kritik bietet das Flugblatt selbst. Kein Wort davon, daß hier Verhaftungen ohne genaue Bekanntgabe des Haftgrundes erfolgen (vgl. Ruhrnachrichten vom 26.10.89); kein Wort davon, daß zur gleichen Zeit ein Massenprozeß gegen 15 Kurden in der BRD/Düsseldorf geführt wird, dessen Rechtsgrundlage mehr als fraglich,

dessen Durchführung eine Verletzung von Menschenrechten par excellence darstellt. Und den Gipfel des Flugblattes bildet der Schlußsatz, quasi noch schnell nachgeschoben: "Wir können übrigens auch nicht ausschließen, daß die Absicht besteht, Kenan in die Türkei abzuschieben."

Das ist zutiefst menschenverachtend. Kein Wort darüber, was es für einen Kurden bedeutet, in einen derjenigen Staaten abgeschoben zu werden, in denen diese Bevölkerungsgruppe verfolgt wird. Und dazu zählt eben auch die Diktatur Türkei.

Wer soll mit dem Flugblatt angesprochen werden, in dem alle wichtigen Hinweise, die tatsächlich eine Gegenöffentlichkeit bilden könnten, fehlen? Antifaschismus allein ist noch kein Programm.

OFFSETDRUCK & SATZ

DRUCK

WERK

PENNINGSKAMP 12 A
4600 DO-HÖRDE
TELEFON 431821

Broschüren
Handzettel
Dissertationen
Formulare
Postkarten
Plakate
u.s.w.

Entwurf
Repro
Offsetdruck

"SELBSTMORD" EINES GEFANGENEN IN DER JVA DORTMUND

Am 11.12.1989 legte der Leiter der Justizvollzugsanstalt Dortmund (Lübecker Hof), Reiner Heideborn, der Öffentlichkeit die Jahresbilanz dieser Anstalt vor, die Platz für 416 Gefangene vorsieht und im Durchschnitt mit 390 bis 400 Gefangenen belegt ist, die zum überwiegenden Teil Türken, Italiener und Jugoslawen sind und von denen knapp die Hälfte in Untersuchungshaft einsitzt. Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz sei mit 50 deshalb Einsitzenden das häufigste Delikt, um dessentwillen im Lübecker Hof Menschen gefangen gehalten werden, der Rauschgiftkonsum macht auch vor den Gefängnistoren nicht halt; rund 130 Häftlinge seien davon abhängig.

So dramatisch diese Zahlen sind, so geschönt erscheint eine weitere Auflistung: Im Jahr 1989 hätten 8 Personen einen Selbstmordversuch unternommen, in zwei Fällen mit Erfolg. Für den mit den Gegebenheiten in westdeutschen Gefängnissen nicht Vertrauten klingt eine sol-



che Bilanz erschreckend, auch wenn darin offensichtlich nicht alle Personen erfaßt sind. Dies sei an folgendem Beispiel belegt. Noch während Direktor Heideborn seinen Bericht vortrug, lag in den städtischen Kliniken in Dortmund ein Häftling oder ehemaliger Häftling - die Versionen der Verantwortlichen weisen hier Widersprüche auf - im Koma, nachdem er am 5.12. nach erlittenem Hirntod aus der JVA ins Krankenhaus transportiert worden war: Im Bericht blieb dieser "Fall" unerwähnt (oder wurde nur unter die Selbstmordversuche eingereiht); am 13.12. wurde den Eltern des Betroffenen mitgeteilt, daß ihr Sohn an den Folgen eines Selbstmordversuches gestorben sei.

Necmettin Candemir, 22 Jahre alt, war, ehe er vor etwa zwei Jahren zunächst in U-Haft, dann in reguläre Haft kam, NRW-Landesmeister im Karate-Sport

gewesen. Er war ein junger Mann, der - wie die, die ihn kannten, bestätigten - einen starken Gerechtigkeitssinn hatte und der auch einen gewissen Stolz als Türke besaß. Das war auch sein "Schwachpunkt", denn Beleidigungen wegen seiner Herkunft ertrug er nicht. Anlässlich eines Gaststättenbesuchs kam es damals zu einer Auseinandersetzung mit 6 Stammgästen des Lokals, und diese waren dabei unterlegen und z.T. krankhausreif geschlagen worden. Die vom Wirt herbeigerufene Polizeistreife wurde - trotz gezogener Waffe - mit Necmettin Candemir nicht fertig, und erst eine Mannschaftswagenbesatzung konnte ihn überwältigen. Zwar fühlte er sich im Recht und ließ sich daher Demütigungen, wie sie seitens der Polizei und des Anstaltspersonals an der Tagesordnung sind, insbesondere wenn es sich bei den Adressaten um Ausländer handelt, nicht gefallen, was wiederholt dazu führte, daß es zwischen ihm und dem Wachpersonal zu handfesten Auseinandersetzungen kam, in deren Verlauf er trotz seiner hünenhaften Gestalt und körperlichen Durchtrainiertheit letztlich immer den kürzeren zog. Zum Prozeß war ihm seinerzeit ein Pflichtan-

walt verpaßt worden, dem offenbar wenig an seinem Mandanten gelegen war. So hatte es dieser Anwalt beispielsweise nie für nötig gehalten, seinen Mandanten etwa in U-Haft oder nach dem Urteil in der Haft aufzusuchen, um auch seine Version der Vorgänge, die schließlich zu seiner Verurteilung führten, zur Kenntnis zu nehmen. Auch gegenüber Klagen betreffend insbesondere den Lübecker Hof blieb dieser Anwalt untätig. Offenbar war er zu sehr davon überzeugt, daß ein türkischer Karatesportler auf jeden Fall schuldig ist, da- wie das Gericht befand- eine körperliche Auseinandersetzung mit ihm **immer** bedeutete, daß er eine gefährliche Waffe (seine Hände) dabei betätigte. Und schon das ist strafbar. Dabei kasierte dieser Anwalt jedoch nicht nur das Geld aus seiner Pflichtverteidigung, sondern darüber hinaus auch noch weitere 4000 DM vom Vater seines Mandanten.



Solche körperlichen Auseinandersetzungen mit dem Gefängnisper-

sonal waren- auch wenn er dabei gelegentlich stärkere Verletzungen (z.B. in Form von Hämatomen) davontrug, für Necmettin und auch nach den Vorstellungen seines Vaters durchaus noch "in Ordnung": Als Türke weiß man, daß die Verhältnisse in türkischen Gefängnissen in dieser Hinsicht noch einiges Mehr zu "bieten" haben.

Necmettin Candemir lernte in den zwei Jahren zahlreiche Haftanstalten des Landes NRW kennen, unter anderen auch den Lübecker Hof. Wie viele andere Gefangene begriff er am eigenen Leib, daß die Unterbringung dort einer Sonderstrafe gleichkam. Er war mal im Lübecker Hof, weil er nicht "spurte", von 6 Wärtern krankenhaushausreif geschlagen worden.

Seine Erfahrungen mit dem Lübecker Hof hatten jedenfalls bei ihm den Wunsch aufkommen lassen, lieber in jedes andere Gefängnis zu kommen als dorthin. Ihm war, wie er berichtet hatte, bereits bei seinem ersten Einsitzen dort aufgefallen, daß sein Essen nicht aus dem gemeinsamen Topf kam. Necmettin fragte sich zuerst, ob man ihn vergiften wollte.

Er verweigerte zunächst das Essen, aber der Hunger war schließlich stärker. Danach erfuhr seine Persönlichkeit so massive Veränderungen, daß er zwischenzeitlich sogar in die psychiatrische Klinik in Eickelborn verbracht wurde, um in geschlossener Verwahrung als psychisch Kranker eingeliefert zu werden.

Dort ließen die Befunde bald darauf nach, so daß er wieder in den "normalen" Vollzug überstellt wurde. Die Erfahrungen mit dem Lübecker Hof veranlaßten ihn, alles dranzusetzen, um in eine andere Anstalt verlegt zu werden.



Im Juli 1989 wurde er bei Aussetzung seiner Reststrafe zur Bewährung freigelassen. Doch schon wenige Tage danach saß er erneut in Haft. Ob dabei seine Persönlichkeitsveränderung eine Schlüsselrolle gespielt hat, ist noch unklar. Er tat etwas, was er früher nie getan hatte. Er schlug eine Frau: die Mutter seiner deutschen Freundin. Vorausgegangen war eine wortstark geführte Auseinandersetzung, in deren Verlauf diese Frau (etwa 45 Jahre alt) schreiend aus der Wohnung lief und er ihr nachrannte, um sie am Schreien zu hindern, vermutlich aus Angst, seine Bewährungsvorteile zu verlieren. Hinterher hieß es, er habe versucht, diese Frau zu vergewaltigen. So stand es im Protokoll der Polizei, und so hatte es die Frau

amten: Er habe regelmäßig mit Briefen kleine Stücke eines Seiles bekommen, das er schließlich zu einem ganzen Seil zusammengeknüpft habe, war die abenteuerliche Aussage. Eine andere behauptete seinen Hosengurt als Erhängungsinstrument, wieder eine andere ein Bettlaken. Bei der Obduktion schließlich wurde festgestellt, daß es sich um Verbandsmaterial handelte, das zu einem Strick gedreht worden war. Auch die Würgemäßle selbst saßen an einer Stelle, die nicht für Selbsterhängung sprach. Aber wie dem auch sei: Wie verzweifelt müssen Menschen sein, wenn sie Löffel verschlucken und dergleichen mehr (wie es im Lübecker Hof belegt ist), nur um den Schikannen des Vollzugs zu entkommen? Und warum sollte sich jemand noch erhängen, der wenige Tage später sowieso wieder auf freien Fuß gesetzt worden wäre, wie die Anstaltsleitung der Staatsanwaltschaft gegenüber zunächst erklärte, da

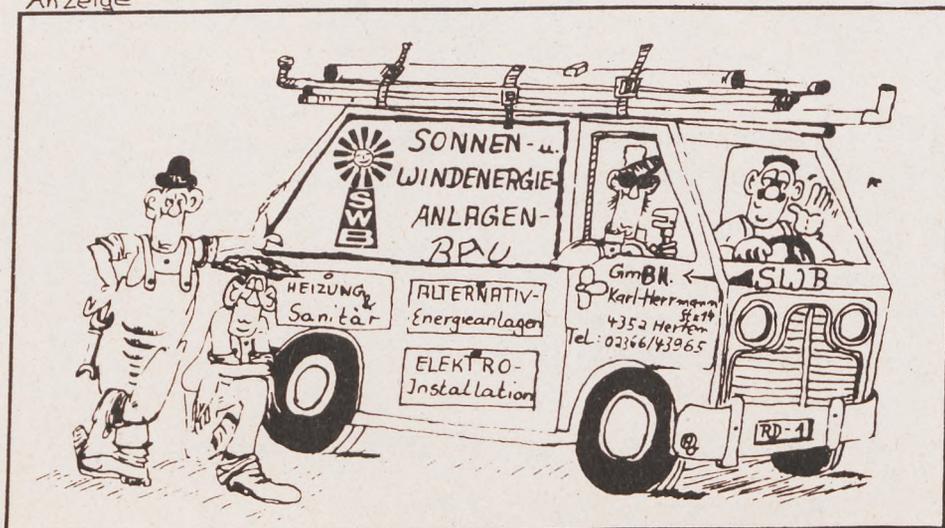
nach ihrer Version Necmettin Candemir nicht als Häftling, sondern als "freier Mann" verstorben war. Die Frau, die er geschlagen hatte, hatte inzwischen ihre Vorwürfe gegen ihn widerrufen, und so hätte keine Handhabe bestanden, ihn weiterhin festzuhalten. Neuerdings heißt es allerdings, Necmettin hätte mindestens noch bis Ende 1990 sitzen müssen, da eine Gerichtsverhandlung unter anderem wegen des Vergewaltigungsdelikts notwendig gewesen wäre. Das macht sich gut für die Presse...

Fragen, die von der **Dortmunder Gefangeneninitiative** gestellt werden:

- Wurde Necmettin Candemir mit Medikamenten behandelt?
 - Wenn ja, was für Medikamente waren das?
 - Wer verordnete sie und warum?
 - Von wem wurden sie verabreicht?
 - Wie stand es mit der ärztlichen Aufsicht?
 - Welche Wirkung hatten diese Medikamente?
- Die Eltern, der Türki-

sche Arbeiterverein Witten, seine Sportkollegen und viele andere wollen die Sache nicht auf sich beruhen lassen. Zum 5.1.1989 ist eine Pressekonferenz im Zentrum des Türkischen Arbeitervereins angesetzt worden, eine Informationsveranstaltung findet am selben Abend im Dietrich-Keuning-Haus in Dortmund statt. Gedacht ist auch an eine Demonstration vor dem Lübecker Hof eine Woche später. Wir stellen fest: In Gefängnissen der BRD bestehen Verhältnisse mit Ordnungsprinzipien, die für faschistisches Gedanken"gut" einen breiten Nährboden abgeben. Insbesondere der verlangte Kadavergehorsam ist dabei ein wichtiger Baustein. Der Lübecker Hof-auf einem Flugblatt der türkischen Organisation DIDF wird er mit dem berüchtigten Gefängnis in Diyarbakir verglichen- hat sich offenbar zu einer besonders prunkvollen Grabstätte der Menschenwürde in diesem Land entwickelt.

Anzeige



RECKLINGHÄUSER RATSCELLER GUTE ADRESSE FÜR FASCHISTEN

Am 29.10.1989 hatte die faschistische FAP "klammheimlich" ihren Landesparteitag NRW im Recklinghäuser Ratskeller durchgeführt. Angeblich war nur der Polizeipräsident Recklinghausen darüber "informiert". Weder Bürgermeister Welt noch andere Stadtväter wollen etwas gewußt haben.

Die Recklinghäuser AntifaschistInnen hatten nichts mitbekommen - zwar hatte es in den Wochen vorher Hinweise gegeben, aber auf den Ratskeller wäre so schnell niemand als Veranstaltungsort gekommen.

Warum? Nun, es hatte ja schon im Jahr 1988 Wirbel um den Ratskeller gegeben: Damals, am 16.1.1988, hatte die NPD eine Versammlung im Ratskeller durchführen wollen. Davon hatten die AntifaschistInnen Nachricht bekommen, und mit etwa 60 Leuten war in Anwesenheit von Bürgermeister und Stadtdirektor die NPD des Saales verwiesen worden.

Schon damals war der Pächter des Ratskellers, Herr **Josef Covic**, ins Zwielficht geraten. Zum einen deshalb, weil er überhaupt eine NPD-Veranstaltung in seinen Räumen zugelassen hatte, zum anderen, weil er anfangs nicht einmal nach diesem Vorfall bereit war, eine "Erklärung Recklinghäuser Gastwirte" zu unterschreiben, in welcher sich die Wirte verpflichten, ihre Räume nicht an neofaschistische Organisationen zu vermieten.

Diese Erklärung, die vom Antifaschistischen Bund Recklinghausen verfaßt worden war, hatten damals etwa 80 % der Recklinghäuser WirtInnen unterschrieben.

Auch Herr Covic bequeme sich schließlich zur Unterschrift, wenn auch erst, nachdem der Bürgermeister persönlich erneut mit diesem Herrn "geredet" hatte.

Umso empörter waren die Recklinghäuser AntifaschistInnen, als nun am 29.10.1989 erneut eine faschistische Organisation bei Herrn Covic zu Gast war, und zwar mit der FAP wohl mit das Übelste, was der neue Faschismus zur Zeit anbietet.

Ähnlich wie bei der NPD-Veranstaltung wollte sich Covic auch diesmal damit herausreden, er habe gar nicht gewußt, wer sich da bei ihm angemeldet habe.

Hatte man noch beim ersten Mal seinen Versicherungen, er würde "sich für Politik nicht groß interessieren", Glauben geschenkt, zumal er sich zu erklären beeilte, auch "er habe für Neonazis ebensowenig übrig wie Sie und ich" (siehe dokumentierten Brief des Bürgermeisters Welt vom 6.12.1988), so konnten die Recklinghäuser AntifaschistInnen dies nach der Duldung der FAP-Veranstaltung nicht mehr.

Auf Initiative der "Koordination für Internationale Solidarität und Menschenrechte" stellten die GRÜNEN im Recklinghäuser Rat den Bürgerantrag, Der Rat möge den Pachtvertrag mit Herrn Covic auflösen, da ein solcher Wirt in einem demokratischen Rathaus nichts verloren habe.

Nachdem der Antrag nur durch Initiative der GRÜNEN überhaupt auf die Tagesordnung kam, war die Beratung darüber ein einziger Skandal. Die Recklinghäuser Ratsparteien SPD und CDU waren nicht etwa bereit, das Verhalten des Wirtes zu kritisieren, nein, sie beschimpften im Gegenteil die Antragsteller als "ausländerfeindlich" (Covic ist Exilungar, doch dazu später mehr), welche sich der "Goebbels-Methoden" bedienen. Mit solchen Methoden versuchten sie, dem armen Wirt die "Existenzgrundlage zu rauben", etc.

Der Antrag wurde abgeschmettert, und auch die Recklinghäuser GRÜNEN hatten sich von der Flut von Beschimpfungen einschüchtern lassen und trauten sich nicht mehr, dem Antrag zuzustimmen.

Interessant wird es aber vielleicht erst im nachhinein: Inzwischen wurde einiges an Informationen bekannt, das das Bild des "an Politik" überhaupt nicht interessierten Herrn Josef Covic zumindest stark erschüttert:

Eine ganze Reihe Jahre zuvor, am Volkstrauertag des Jahres 1981, sehen wir Herrn Josef Covic, wie er gemeinsam mit einem Herrn Ludwig Kellner einen Kranz auf dem Hauptfriedhof Gelsenkirchen-Buer niederlegt. Dieser Kranz trägt die Aufschrift "Zu Ehren der Opfer des Kommunismus - Berlin, Posen, Ungarn, Prag, Afghanistan", und Herr Josef Covic ist hier tätig in seiner Eigenschaft als Mitglied der "Vereinigung der Exilungarn aus Gelsenkirchen und Umgebung".

Diese "Vereinigung" befindet sich an diesem Tag in "besten" Gesellschaft: Ein weiterer Kranz wird niedergelegt

von der "Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS", mit der Aufschrift "Den ehemaligen Kameraden der Waffen-SS". Gemeinsam mit weiteren Organisationen wie dem "Deutschen Marineverein" und dem "Reservistenverband der deutschen Bundeswehr" fühlte man sich moralisch

einig, ging es doch angeblich nur darum, die Toten zu ehren.

Dennoch gab es lautstarken Protest, einmal seitens der VVN/BdA, zum anderen seitens der Bevölkerung in zahlreichen Leserbriefen nach diesem Vorfall.

Doch nicht nur in solcher Form war der "unpolitische" Josef Covic im Jahr 1981 in Gelsenkirchen-Buer aktiv. Auch damals schon war er Wirt, und zwar - man staune - Pächter des **Ratskellers** in Gelsenkirchen-Buer.

Und ist es nicht doch etwas merkwürdig, wenn schon damals auf einer Veranstaltung im Ratskeller Gelsenkirchen als Referent der als Vertreter der ultrakonservativen "Braunzone" bekannte **Graf Huyn** auftrat und für sein Referat eine Karte des III. Reiches zu Demonstrationszwecken benutzte?

All diese Fakten lassen das Bild des "unpolitischen" Josef Covic in einem anderen Licht erscheinen.

Un wie, um dem ganzen die Krone aufzusetzen, kann Covic es auch **nach** dem Vorfall mit der FAP-Veranstaltung noch lange nicht lassen : Ausgerechnet am **9. November 1989, dem Jahrestag der Reichspogromnacht**, hat er schon wieder "braune"



Covic bei der Niederlegung des Kranzes der Exilungarn



Recklinghäuser Sozialdemokraten vor dem Besuch des Ratskellers

Gäste. Diesmal allerdings "nur" eine Schlagende Verbindung, die lauthals nationalistische Lieder grölt - für den "unpolitischen" Covic wohl der geeignete Beitrag zu einem Gedenken an die Pogromnacht. Er kann sich offensichtlich der Rücken- deckung seitens des Recklinghäuser ra-

tes erfreuen- sind doch auch am 9.11.89 einige Recklinghäuser SPD-Mitglieder im Ratskeller, ohne gegen die Veranstaltung der Schlagenden Verbindung zu protestieren.

Fazit: Der Recklinghäuser Ratskeller scheint zu einer "guten Adresse" für Faschisten geworden zu sein.

ANZEIGE

„Bücherladen“

unsere Themen von
A-Z:

Ausländer	Reonazismus	... und
Biologisches Bauen	Ökologie	- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
Chemie in Lebensmitteln	Politik	- Frauen- und Männerliteratur
Dritte Welt	Reisen	- Zeitschriften
Entwicklungspolitik	Sanfte Energien	- Plakate
Faschismus	Trampen	- Postkarten
Geschichte	Umweltschutz	- Umweltschutzpapier
Heilkräuter	Vollwerternährung	
Indianer	Waldsterben	
Kriegsgefahr	Yoga	
Liebe	Zukunft	
Medien		

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Goethestr. 4
4370 MARL
02365/66803

Schaut mal rein!

SING WEITER DEIN LIED

Gedichte von Bahattin Gemici

Im Herbst 1989 lernten wir bei einer Autorenlesung im Hertener Schloß den türkischen Dichter **BAHATTIN GEMICI** kennen. Bahattin Gemici wurde 1954 in Ankara geboren und lebt seit mehr als 10 Jahren in Herthen. Er ist Mitglied der Gruppe Bochumer Autoren und der Literarischen Werkstatt Marl.

Neben vielen Gedichten in Deutsch und Türkisch erschien 1988 sein Gedichtband : Yarım Birakma Türkünü.

Außerdem verfaßte er eine Anthologie für Kinder in türkischer Sprache.

1984 erhielt er den Georg-Tappert-Preis der GEW.

1989 erschien sein Gedichtband "Sing weiter dein Lied", aus welchem wir einige Gedichte vorstellen wollen in der Hoffnung, daß sein Verfasser möglichst bald von vielen deutschen und türkischen Menschen gelesen und beachtet wird.

Flieg los, mein Herz

Mein Herz
Mein Rotkehlchen
Breite deine Flügel aus
Flieg los aus diesen Händen
Sieh nicht zurück
Vergieß keine Träne
Flieg über die Berge
Über die Meere auch
Setz mich nicht ab unterwegs
Wenn du landest, heftig flatternd
Dann setz dich in meinem Land aufs
Dach
Daß die Kirschen blühen
Und auch die Mandelbäume

Daß meine Heimkehr nach frischen
Mandeln schmeckt.

Kumpel Veli

Eine traurige Weise hatte er angestimmt
Der Kumpel Veli, auf seinem Weg die
Straße hinunter
Ein Kurdenlied, voll Schmerz und Wehmut
Aus vollem Herzen singend, den Kopf
geneigt



Als mein Schatten auf den seinen fiel
Verstumte er
War verlegen, schämte sich
War ganz befangen

Veli, sag, was ist los mit dir ?
Sing weiter dein Lied
Nichts, sagte er
Nichts ist los
Ich geh halt weg

Wir haben diese beiden Gedichte an den Anfang gestellt, weil sie besonders eindringlich die schmerzvolle Trennung der Menschen von ihrer Heimat verdeutlichen. In einfachen Worten wird klar gemacht, daß die ausländischen Menschen keineswegs voll Begeisterung ihre Heimat verlassen, um "ins gelobte Land BRD" zu kommen. Selten aber machen sich die deutschen Menschen klar, mit wieviel Wehmut die Trennung von der Heimat gerade für türkische Menschen verbunden ist. Wer auch als Deutscher einmal in der Türkei zu Besuch war, bekommt eine Ahnung davon, warum dies so ist.

Mein Land

Mein Land ist verwundet
Eine schweigsame Frau
Voller Trauer
Gealtert durch Leid
Weint Tränen
Die sie vor sich verbirgt
Der Tag kommt
Da wendet sich ihr Los
Und ihr Leid hat ein Ende

Dort in der Ferne liegt unsere Heimat

Dort in der Ferne liegt unsere Heimat
Ich möchte ein Vogel sein
Und Fels und Gebirge
Leicht überfliegen

Die Saat ist schon aufgegangen
Wie Regen möchte ich sie tränken
Ich möchte eine Biene sein und in die Blüten
Der Rosen möchte ich mich setzen



Ich bin Gemici, der Seemann
Möchte die Segel setzen und hinausfahren
Zu Inseln, Kontinenten
Will den Frieden bringen

Das Bild des Vogels taucht in vielen Gedichten Bahattins auf: Sehnsucht nach der Heimat und Sehnsucht nach Frieden sind untrennbar miteinander verwoben. Die Liebe zur Heimat ist kein dumpfer Nationalismus, wie er zur Zeit bei vielen Deutschen sich breit macht, sondern ist die Liebe zu einer demokratischen Türkei, in der die lange Knechtschaft endlich beseitigt ist. Von dieser Hoffnung und der tiefen Überzeugung, daß dieser Tag kommen wird, sind alle seine Gedichte geprägt. Ein Beispiel:

Meine Mutter und ich

Sechs Jahre ist es her
Daß ich meine Mutter sah
Sie lebt in meiner Heimat
Dort, wo ich geboren wurde
In der Türkei

Sie kann weder lesen noch schreiben
Sie haßt die, die keine Schulen bauen
Jeden ihrer fünf Finger sehe ich
Auf die Briefe gemalt, die sie diktiert

"Mein Sohn in der Fremde" nennt sie mich
Ohne dich haben die Jahreszeiten keinen Geschmack
Die Kirschen sind reif, die Maulbeeren abgefallen
Komm endlich!

Sie umarmt mich
In ihren nächtlichen Träumen
Wenn sie mit leeren Händen aufwacht
Weint sie lautlos

Es ist nicht viel
Drei Stunden sind es zu ihr
Doch zweitausendeinhundertneunzig Tage
Stehen die Soldaten
Finger am Abzug
Wieviele Tage, wieviele Jahre
Werden noch vergehen?

Wie ein Vogel werde ich die Berge überwinden
 Eines Tages die Heimat, die Mutter wiedersehen
 Auf den Kirsch- und Maulbeerbäumen landen
 Nun, Freiheit!
 Wobist du?
 Komm endlich!

Dies Gedicht zeigt unseres Erachtens in besonderer Klarheit die Stärke Bahattins, die er mit seinem verehrten Vorbild Nazim Hikmet teilt: Mit einfachsten Worten werden die tiefsten Gefühle klar und ehrlich ausgedrückt, jedes Wort und jeder Buchstabe "stimmt". Daß solche Gedichte nur ein Mensch schreiben kann, der von einer tiefen Liebe zum Leben und zu den Menschen durchdrungen ist, sollen zum Schluß noch zwei Gedichte verdeutlichen.

Das Glück

Glück ist
 Essen für den Hungernden
 Sonne für den Frierenden
 Arbeit für den Arbeitslosen
 Acker für den Bauern

Glück ist
 Für den Gefangenen
 Die Sonne zu sehen
 Von Zweigen Kirschen zu pflücken
 Sicheren Schrittes, ohne Mißtrauen
 Durch die Straßen zu gehen

Für den Soldaten
 Gesund aus dem Krieg heimzukehren
 Und das Gewehr aus der Hand zu legen
 Im Garten Nelken auszusäen
 Im Schatten Bücher zu lesen

Das sanfte Plätschern des Regens
 Der Sonnenaufgang an manchen Tagen
 Das Kaffeetrinken
 Das Rauchen einer Zigarette
 Aufs Meer
 Auf Ozeane
 Hinausfahren
 Neue Speisen kennenlernen
 Neue Dinge sehen
 Stets Ungesagtes endlich aussprechen
 Das ist Glück

Ohne Angst zu leben
 Ist Glück
 Lieben und geliebt werden
 Und-wie Nasrettin Hodscha
 Von Herzen lachen zu können



Gemici liest im Hertener Schloß

Und zum Schluß noch ein ganz kurzes, vielleicht das schönste:

Meine Träume

Wenn mein Herz auch noch
 Unter dem Schnee liegt
 Schmecke ich in meinen Träumen
 Schon die knospenden Rosen.

Wir würden uns freuen, wenn wir durch den Abdruck einiger Gedichte manche/n neugierig machen konnten. Der Band, aus dem diese Gedichte stammen, ist erhältlich entweder über die Redaktion der ANTIFAZ oder direkt beim Verlag:

Verlag Ortadogu
 Weidenstr. 1a
 4200 Oberhausen II
 Tel.: 0208/63934.

Der Autor ist auch gerne bereit, in Schulen und Jugendeinrichtungen Lesungen zu halten (nach Vereinbarung).

HERMANN BOGDAL 80 JAHRE ALT

Am 29. November 1989 versammelten sich etwa 100 Antifaschistinnen und Antifaschisten im Haus der Naturfreunde in Oer-Erkenschwick, um **HERMANN BOGDAL** zu seinem 80. Geburtstag zu gratulieren.

Groß war die Zahl der Glückwunschschriften, Anrufe und Gespräche, die Hermann an diesem Tag entgegennahm.

Auch die Recklinghäuser KOORDINATION FÜR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT UND MENSCHENRECHTE brachte Hermann im Namen der Recklinghäuser AntifaschistInnen Glückwünsche entgegen. Es ließe sich an dieser Stelle kaum darstellen, wie groß seine Verdienste um die historische Wahr-

heit sind. Wir können ihm nur erneut unsern Dank sagen.

Als wohl wichtigste Ehreung erhielt Hermann Bogdal an diesem Tag die **EHRENURKUNDE** seiner Organisation, verliehen vom Präsidium der **VVN-Bund der Antifaschisten**.

Neben vielen Glückwunschschriften erhielt er auch einen Brief von **Prof. Dr. Werner Boldt**, dem 1. Vorsitzenden des "Aktionskomitees für ein Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager" (DIZ), aus dem wir mit freundlicher Genehmigung einen Auszug veröffentlichen:

"...Du gehörst zu den Ersten, die unsere Gedenkstätte in Gang gebracht haben. Ohne Euch wenigen Moorsoldaten,

die durch Jahre öffentlichen Vergessenwollens oder gar vorgeschriebenen Vergessensollens Erinnerung aufrechterhielten, wäre nichts geschehen, hätten wir Jüngeren nichts ausrichten können. Woran hätten wir anknüpfen, was hätten wir vermitteln können? Allenfalls Bücherwissen, Antiquarisches aus Archiven, nichts Lebendiges, nichts, was unmittelbar packt. Ich erinnere mich an ein Seminar in Esterwegen. Ein schlichter Raum, etwas Sonne drin. Du erzähltest in einer Runde Jugendlicher, die begierig zuhörten. Geschichte wurde durch Deine Person gegenwärtig, ihre Bedeutung durch Deine Erlebnisse und nicht durch eindringliche Beteuerungen eines noch so gut meinenden Lehrers



Hermann und Anneliese Bogdal

einsichtig.

Es war dies schon eine seltsame Situation, die mich gefangen nahm: ein Kommunist erzählt von sich im "schwarzen" Emsland, ein alterserfahrener Mann einer wißbegierigen Jugend, und es ist ein unmittelbarer Kontakt da, Zugewandtheit, Berichtenwollen auf der einen, Hören- und Verstehenwollen auf der anderen Seite. Hier und nicht in gelehrten Abhandlungen, auf die gewiß auch nicht verzichtet werden kann, wurden die Fundamente gesetzt, auf der wir unsere Arbeit aufbauen können.

Wir machen uns in der Gedenkstättenarbeit allmählich Gedanken, wie wir es vermeiden können, daß wir für immer neue Generationen beständig älter und schließlich nur noch Vergangenheit werden. Wir erkennen zunehmend, wie bedeutsam die elementaren menschlichen Erfahrungen der Verfolgten sind. Dieses: Verfolgungen zu erlei-

den und widerstehen zu können, ist das Bleibende, das dauernd Gültige. Darauf läßt sich dann auch eine antifaschistische Erziehung gründen, die aktuell bleibt, und nicht allmählich in der kollektiven Erinnerung unseres Volkes verblaßt. Mir wird bei meinem Nachdenken über Gedenkstättenarbeit immer klarer, daß eine politische Vergangenheit auf zeitlose Zeugnisse von Menschlichkeit zurückgeführt werden muß, wie sie Verfolgte des Nazi-Regimes abgelegt haben. Dadurch vor allem, nicht bloß durch aktualisierende, mehr oder weniger stimmende Vergleiche, die eines Tages in unserm Lande hoffentlich gar nicht mehr möglich sein werden, weil die Wurzeln des Faschismus gerodet sind, bleibt antifaschistische Erziehung lebendig.(...)

Die Redaktion der ANTIFAZ wünscht sich von Herzen, daß Hermann Bogdal noch viele Jahre bei uns sein



wird. Als kleines persönliches Geschenk an Dich drucken wir ein kleines Lied von Louis Fürnberg ab:

Jeder Traum

Jeder Traum, an den ich mich verschwendet,
Jeder Kampf, wo ich mich nicht geschont,
Jeder Sonnenstrahl, der mich geblendet,
Alles hat am Ende sich gelohnt.

Jedes Feuer, das mein Herz gefangen,
Jede Sorge, die mein Herz beschlich,
Wars oft schwer, so ists ja doch gegangen,
Narben blieben, doch es lohnt sich.

Unser Leben ist nicht leicht zu tragen
Nur wer fest sein Herz in Händen hält
Hat die Kraft zum Leben ja zu sagen
Und zum Kampf für eine neue Welt.

Jeder Tag ist in mein Herz geschlossen,
Der auch mich zu diesem Dienst be-
schied.
Was ich singe, sing ich den Genossen
Ihre Träume gehen durch mein Lied.

(Louis Fürnberg wurde wie Hermann im Jahr 1909 geboren und schloß sich in den 20er Jahren der sozialistischen Jugendbewegung an. Während des Faschismus war er im politischen Untergrund aktiv. 1939 wurde er verhaftet, durch 13 Gefängnisse geschleppt und taub geschlagen. Nach seiner Flucht im gleichen Jahr blieb er bis 1946 in Jerusalem im Exil. 1950 schrieb er das Gedicht "Jeder Traum").

RECKLINGHÄUSER SCHÜLERTHEATER

G. TABORI, "MEIN KAMPF"



Hitler-Darsteller Jan Becker

"Hitler: Ich kriege meine besten Ideen in der Nacht. Ich sage dir was, wenn du mich verrätst, lasse ich dich rösten wie ein Morgenbrötchen. Ich will nämlich gar kein Maler werden. Ich will kein Zwielight malen. Das ist nur ein taktischer Trick für Dummköpfe. Ich will was anderes.

Herzl: Was zum Beispiel ?

Hitler: Die Welt.

Herzl: Soso. Die ganze ?

Hitler: Ja.

Herzl: Neuseeland eingeschlossen ?

Hitler: Besonders Neuseeland.

Herzl: Was ist so toll an Neuseeland ?

Hitler: Ich weiß nicht, aber ich will es."

Der **jüdische Autor und Regisseur G. Tabori** schrieb vor etwa zwei Jahren - für viele sicherlich überraschend - eine Farce über den jungen Hitler. Dieses Thema als Farce zu gestalten, ist wohl auch nur von einem Autor zu akzeptieren, der das Stück aus seinem Selbstbewußtsein als Jude schreibt und von dem man weiß, daß seine Eltern als Juden in Auschwitz getötet wurden.

Eine unerwartete Form von Vergangenheitsbewältigung!

Schauplatz des Stücks ist ein Wiener Heimatlosenasyll zu Beginn dieses Jahrhunderts. Dort leben der Koch Lobkowitz und der jüdische Buchverkäufer und Feierabendliterat Schlomo Herzl. In diese Idylle bricht eines Tages der Mächtigenmaler Adolf Hitler ein. Mit der Zeit entwickelt er immer extremere Ideen und Ideologien. Schließlich marschiert er mit einer Truppe von Tirolern und seinem sadistischen Freund Himmlischst in das Asyl ein.

Hitler fordert von Herzl dessen Buch "Mein Kampf", weil er sich dort mit seinen Schwächen erwähnt glaubt.

Das Stück von Tabori endet mit einem brutalen Akt: Herzls Huhn wird von Himmlischst auf der Bühne zerlegt und verbrannt.

"Wenn ihr beginnt, Vögel zu verbrennen, werdet ihr enden, Menschen zu verbrennen", ist Schlomo Herzls beklemmende Einsicht am Ende des Stücks.

Nachdem "Frau Tod" Hitler abgeholt hat, bleibt Schlomo allein zurück, in der ihm bewußt gewordenen Erwartung des Völkermords:

"Hitler: Darf ich meine Zahnbürste holen ?

Frau Tod: Ja bitte. Dort, wo wir hingehen, gibt es nur Zähne, Haare, Brillen, Plomben."

Die Inszenierung der **Theater-AG des Recklinghäuser Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums** zeigt in der Regie von **August Stengel** das Stück von G. Tabori in einer - bis zur Pause- unterhaltsamen Weise: als überwiegend komödiantisches Stück, das erst zum Schluß die heraufziehende Katastrophe ahnen läßt.

Das Zerlegen und Verbrennen des Huhns zum Schluß ist durchaus geeignet, die Nerven mancher Zuschauer bis zum äußersten zu strapazieren, aber es ist notwendig, um die Brutalität des Faschismus erlebbar zu machen, soweit dies erlebbar ist.

Dem Zuschauer wird keine Gelegenheit gegeben, der emotionalen Auseinandersetzung auszuweichen.

Den DarstellerInnen ist eine überzeugende Darbietung des Textes gelungen, daß man nur wünschen kann, daß diese Inszenierung bei weiteren Aufführungen viele Interessenten finden wird. Weitere Veranstaltungstermine:

Sa, 27.1.90, 20.00, Freiherr-vom-Stein-Gymnasium Recklinghausen

So, 28.1.90, 19.00, Haus der Offenen Tür, Im Hagenbusch, Marl, Rappaport-Str.

18.2.90, 19.00, Herten, Bürgerhaus Süd.

Mitte März findet im Rahmen einer Schultheaterwoche eine Aufführung im Recklinghäuser "Depot" statt.

ANZEIGE

Alle diejenigen, die sich einigermaßen regelmäßig die Sendung "Kritisches Tagebuch" (3. WDR-Hörfunk-Programm, mo-fr, 19.30 - 19.50) anhören bzw. aufnehmen, sollen sich bei mir einmal melden: Tel.: 0521/178 297 oder 02361/29 302.

Wer hat zufällig am 23. Mai 1987 die Sendung "Lieder, Märsche und Bilder aus der Bundeswehr" (3. WDR-Hörfunk-Programm, 20.15) aufgenommen. Bitte melden b. ob. Tel. Nr.

Pizza Snacks

Erpel

Die Pinte

Live Musik Spiele

Gildenstraße 10 4600 Dortmund-Hörde
Telefon (0231) 41 45 51

In diesem Heft

Einleitung..... S. 3
 Kein neues GroSS-Deutschland..... S. 4
 Unter Geiern..... S. 5
 11. Antifa-Landeskonferenz NRW..... S. 8
 Nazis stürmen "Cafe Kuba"..... S. 11
 Impressum..... S. 15
 Blick nach draußen..... S. 16
 Resolution..... S. 22
 Tod eines Nazis in Dortmund..... S. 23
 Stellungnahme des Anti Atom Büro Hörde..... S. 24
 "Selbstmord" in der JVA Dortmund..... S. 25
 Recklinghäuser Ratskeller..... S. 29
 Gedichte von B. Gemici..... S. 32
 H. Bogdal 80 Jahre alt geworden..... S. 35
 Recklinghäuser Schülertheater..... S. 37
 Neues Ausländergesetz..... S. 39
 FAP in Oer-Erkenschwick..... S. 40

Verkaufsstellen:

Dortmund

- Geschichtswerkstatt
- Atom-Stop-Büro
- Litfaß-Buchladen
- Café Samowar
- Taranta Babu Buchladen
- Akzent-Buchhandlung

Herne:

- Kommühle
- Informationszentrum 3.Welt

Marl

- Bücherladen
- Die Mühlen-Kneipe

Recklinghausen

- Attatroll-Buchladen
- Van-Ahlen-Buchladen
- Sonnenblume-Naturkostladen
- Drübelken-Kneipe
- Grünes Büro

Dülmen

- Vollkörnchen
- Grünes Büro

Münster

- Cafe Malik
- Cafe Prütt
- Akzent-Buchhandlung
- Frauenstr.24
- Litfaß
- Themroc
- Blechtrommel

Herten

- Büchereule
- Bioladen

Bochum

- Akzent-Buchhandlung

ANZEIGE

Straßencafé



Tel. 0231/104916 · So.-Fr. 10-22 Uhr · Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) · 4600 Dortmund 1

FAP-KUNDGEBUNG IN OER-ERKENSCHWICK

Am Samstag, dem 21.10.1989, traten etwa 15 **FAP-Mitglieder** in der Innenstadt von Oer-Erkenschwick auf.

Ausgerüstet mit einem lauten Megaphon, Infotisch und massenhaft ausländergefeindlichen Broschüren-angereichert mit Hetzschriften gegen Aids-Kranke.

Ca. 2 1/2 Stunden verbreiteten sie lautstark in immer wiederkehrender Reihenfolge ihre Parolen: "Ausländer raus", "Türken raus", "Aids raus", "Deutschland den Deutschen".

Die Reaktion der "Deutschen Passanten" war mäßig bis sehr interessiert, im besten Fall neutral, aber keineswegs abweisend oder ablehnend.

Die Reaktion der ausländischen Leute (90 % TürkinInnen) war zuerst sehr neugierig, später sehr erstaunt und ungläubig, danach von totaler Zurückhaltung geprägt.

Polizei war in der gesamten Zeit überhaupt nicht zu sehen. Wir versuchten eine halbe Stunde lang ständig, den Polizei-Notruf zu erreichen, er war stän-

dig besetzt. Später haben sich dann drei Leute bei der Polizei über die Rechtmäßigkeit dieser Kundgebung erkundigt. Uns wurde erklärt, daß dies eine angemeldete, durch den Stadtdirektor erlaubte Kundgebung sei und sie dem nichts entgegenzusetzen hätten. Sollten uns die lautstarken Parolen stören oder ängstigen, könnten wir ja für eine Zeit das Gebiet der Innenstadt verlassen.

Nachmittags sprach ich zufällig mit einem Motorradpolizisten über die FAP-Parolen wie "Ausländer raus".

Er gab sich sehr vernünftig und nett und erklärte mir in diesem Zusammenhang: Seine Meinung sei, man solle nur die "Drecksäcke" rauschmeißen (bei den Ausländern), die anderen könnten hierbleiben.

Da die FAP in Oer-Erkenschwick organisiert auftritt, wird dies sicher nicht der letzte derartige Vorfall gewesen sein.

Warum werden solche Auftritte von der Stadt Oer-Erkenschwick genehmigt?

ANZEIGE

Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •
• 4350 Recklinghausen •
• Tel. 02361-17002 •